

# Hausangestellten Zeitung

Nummer 3 • März 1931 • 8. Jahrgang

Organ des „Zentralverbandes der Hausangestellten“ und des „Deutschen Portierverbandes“, Reichsfachgruppe im Gesamt-Verband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs

Zeitschrift für die Interessen der Hausgehilfen, Hausangestellten, Portiers, Hausmeister, Fahrstuhlführer, Wächter, Wasch- und Reinemachefrauen in Bureau- und Privathäusern, Angestellten der Wasch- und Schließgesellschaften

Erscheint monatlich. Bezugspreis für Nichtmitglieder vierteljährlich 50 Pf. Einzelnummer 20 Pf. Zu beziehen durch die Post, Redaktion und Expedition: Berlin SO 16. Michaelkirchplatz 4. Redaktionsschluss am 20. jeden Monats. Zuschriften und Reklamationen sind an die Schriftleitung zu richten.

## Willkommen in Nürnberg!

Im Zeichen einer schweren wirtschaftlichen Krise versammeln sich die Delegierten der Fachgruppe Haus- und Wachangestellte, um rückschauend die Tätigkeit der verflochtenen drei Jahre zu überprüfen, gleichzeitig aber um die Waffen zu schmieden für den Kampf zu weiterem sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg. Gingen doch von hier aus vor 25 Jahren die ersten Bestrebungen, diese Gruppe von Arbeitnehmern freigewerkschaftlich zu organisieren. Es war die damals vom Gewerkschaftskartell Nürnberg angestellte Arbeitersekretärin Helene Grünberg, die sich neben der Organisation, der in den Industrie- und Handwerksbetrieben tätigen Arbeiterinnen auch für diese Gruppe interessierte und Bresche für den Gedanken der freigewerkschaftlichen Organisation gelegt hat. Für die Ortsverwaltung und die Mitgliedschaft Nürnberg ist es eine besondere Ehre, die Teilnehmer dieser Konferenz begrüßen zu können. Ist die Organisation der Haus- und Wachangestellten an und für sich keine leichte Aufgabe, da sie noch vielfach beim Arbeitgeber in Kost und Logis sind, so ist Nürnberg, in dessen Mauern diese Konferenz als erste im Gesamt-Verband tagt, ein geradezu historischer Boden für deren Richtung und Ziel. Schon die von dem Schriftsetzer Born im Sturmjahr 1848 gegründete „Arbeiterverbrüderung“ setzte Nürnberg als den Sitz eines Bezirkskomitees fest. Als nach der darauf folgenden Reaktionszeit 1861 ein Arbeiterverein Schulze-Delitzscher Richtung gegründet wurde, waren es wiederum Arbeiter, die eine führende Rolle in demselben einnahmen und die später an der Wiege der Sozialdemokratischen Partei standen. In der Zeit vom 5. bis 7. September 1868 tagte im Nürnberger Rathausaal der 5. Vereinstag des von August Bebel geleiteten Deutschen Arbeitervereins.

Auf diesem Kongreß kam es zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen den bürgerlich-demokratisch Eingestellten und den sozialistisch orientierten Vereinsmitgliedern. Die letzteren trugen den Sieg davon und aus dieser Mehrheit entstand die Sozialdemokratische Partei Eisenacher Richtung. Die Arbeiterbewegung Nürnbergs hatte von da an eine ständige Aufwärtsentwicklung zu verzeichnen. Bei der ersten Reichstagswahl unter dem Sozialistengesetz im Jahre 1881 wurde der Wahlkreis Nürnberg-Altdorf durch Karl Grillenberger erobert und blieb von da ab in ununterbrochenem sozialdemokratischen Besitz. 1893 konnten trotz eines rückschrittlichen indirekten Wahlrechts sämtliche vier Landtagsmandate den Bürgerlichen abgenommen werden. Im Rathaus konnte die Sozialdemokratie infolge eines Wahlrechts, das die Arbeiter fast vollständig ausschloß, erst im Jahre 1908 Einzug halten. Aber nicht nur die politische, sondern auch die gewerkschaftliche Bewegung fand schon frühzeitig eine starke Förderung. Bereits in den achtziger Jahren hatten in Nürnberg eine Anzahl Vertrauensmänner ihren Sitz, die die Aufgabe

hatten, mit den auf das ganze Reich zerstreut liegenden Fachvereinen Verbindungen herzustellen. Von hier aus ergingen auch vielfach Anregungen zur Gründung der Zentralverbände. Unter der Förderung von Karl Grillenberger wurde am 1. November 1894 das erste Deutsche Arbeiter-Sekretariat in Nürnberg errichtet. Durch Schikanen von Polizei und Arbeitgeber sind die Bestrebungen der Arbeiterschaft oft gehemmt worden, aber sie konnten nicht aufgehalten werden. Der Ortsausschuß Nürnberg des ADGB, zählt zurzeit rund 70 000 organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen.

Nun einige Worte zur Kongreßstadt selbst. Nürnberg ist die bedeutendste Industrie- und Handelsstadt Bayerns und hat 416 733 Einwohner. Metallverarbeitung und Maschinenindustrie weisen ein hervorstechendes Merkmal des wirtschaftlichen Lebens auf.

An weiteren wichtigen Industriezweigen seien noch genannt, die Fabrikation von Bleistiften, Spiel- und Galanteriewaren, Drahtstiften usw. Nicht zu vergessen sind die Nürnberger Lebkuchen und Bratwürste.

Bereits im Mittelalter ist die freie Reichsstadt Nürnberg zu großer Bedeutung und großem Rufe gelangt. Es entfaltete sich schon im 13. Jahrhundert ein lebhafter Handel, der sich bis nach Italien, der Schweiz, den Niederlanden, an den Rhein bis nach Westfalen, durch ganz Bayern, Böhmen bis nach Ungarn ausdehnte. Mit dem Handel kam auch Kunst und Handwerk zu einer Blüte und es haben die Worte: „Nürnberger Tand geht durch alle Land“ auch heute noch ihre vollste Bedeutung. Berühmte Meister treten uns hier entgegen, so der größte deutsche Maler Albrecht Dürer, dessen Lehrmeister M. Wohlgemuth, der Bildhauer Adam Kraft, der Erzgießer Peter Vischer, der Glasmaler Veit Hirsvogel, der Seefahrer und Verfertiger des ersten Globus Martin Behaim, der Erfinder der Taschenuhren Peter Henlein, der Meistersinger und Dichter Hans Sachs und viele andere. Kunstbaudenkmäler und die noch in weitem Umfange vorhandene Stadtmauer mit ihren Türmen legen ein beredtes Zeugnis von der Vergangenheit Nürnbergs ab. Aber auch die neue Zeit hat so manches schöne und zweckmäßige Bauwerk erstellt.

Mögen die Konferenzteilnehmer nach Stunden ernster Arbeit auch Stunden der Muße und Zerstreuung in unserem alten Nürnberg genießen. Arbeitslust und Unternehmungsgest, die hier in alter und auch in neuer Zeit gewaltet haben, mögen sich auf die Arbeiten der Konferenz übertragen, zum Wohle aller in dieser Fachgruppe zusammengefaßten Arbeitnehmer. In diesem Sinne entbieten wir den Delegierten und Gästen die besten Grüße und ein

**Herzliches Willkommen!**

F. H.

# Nürnberg hat den Weg gewiesen!

## 25 Jahre freigewerkschaftliche Hausangestelltenbewegung

„In Nürnberg ist eine Dienstbotenbewegung in Fluss gekommen, die zu einer Organisation nicht bloß der Dienstmädchen, sondern auch der Wasch- und Aufwarterfrauen geführt hat, die unter hoffnungsreichen Anzeichen ins Leben getreten ist. Immer drückender empfanden Hunderte und Hunderte von „Hausklavinnen“ der „besseren“ Familien die vielerlei schreienden Mißstände, unter denen sie leiden. Die Erkenntnis dämmerte ihnen auf, daß sie mit ihren nur zu berechtigten Klagen in die Öffentlichkeit treten und durch festen Zusammenschluß den Kampf für bessere Arbeitsbedingungen, für eine menschenwürdige Gestaltung ihrer Verhältnisse aufnehmen müßten.“

So schreibt Helene Grünberg am 21. März 1906 in der „Gleichheit“, der Dorfkäufin der „Genossin“. Sie selbst ist die Wegbereiterin dieser Organisation gewesen. Sie wurde 1905 als erste deutsche Arbeitersekretärin nach Nürnberg berufen. Ihr Wirken galt in erster Linie der Agitation unter den Frauen und bald wandte sie ihre ganze Sorge den rechtlosesten unter ihnen zu, den „Dienstboten“. 1906 gab ein Dr. Kaufmann im „Fränkischen Kurier“, einer bürgerlichen Zeitung, Ratschläge, wie man die Dienstboten am besten ausnützen könne. Die Herrschaften ließen sich die Befolgung dieser Ratschläge denn auch sehr angelegen sein, und die Lage der Mädchen verschärfte sich fühlbar. Viele der Mädchen beschwerten sich in Jammerbriefen beim Nürnberger Arbeitersekretariat. Helene Grünberg berief daraufhin für Sonntag, 18. Februar 1906, eine öffentliche Dienstbotenversammlung, in der sie über „Die Klagen der Dienstboten und der Dienstbotmangel“ sprach. Sie selbst schreibt über die Versammlung: „Ein erschütterndes Bild des Dienstbotenlebens mußte von der Rednerin entrollt werden. Die Herrschaften nützen das sogenannte Gefindeunrecht, das heißt in Wirklichkeit die Rechtlosigkeit der Mädchen schamlos bis aufs äußerste aus. Der Arbeitstag der Dienstboten hat vielfach tatsächlich keine Grenzen. Früh 5 Uhr aufstehen, abends nach 12 Uhr ins Bett, den ganzen Tag von einer Arbeit zur anderen hegen, das ist die Regel für sehr viele. In nicht wenigen Haushaltungen ist die Beköstigung der Mädchen der Quantität wie der Qualität nach durchaus unzulänglich. Wenn die Mädchen nicht hungern wollen, müssen sie von ihrem jauer verdienten Lohn sich etwas zu essen kaufen. Eine reiche Hopfenhändlerswitwe z. B. läßt die Mädchen nachts 11 oder 12 Uhr aus dem Bett holen, um sich von ihnen auskleiden zu lassen. Nicht bloß zu essen, sondern oftmals auch Feuerungsmaterial müssen die Armen von ihrem eigenen Gelde kaufen. Bei einer anderen Herrschaft, wo das Mädchen sich infolge harter Arbeit und schlechten Essens eine Krankheit geholt hatte, erhielt es zwei Minuten vor der Weihnachtsbescherung die Kündigung. Bei einer Frau Apotheker sind Kost und Behandlung so unter aller Kritik, daß sie seit 2½ Jahren das 36. Mädchen hat, seit letzte Weihnachten (bis Mitte Februar!) das fünfte.“

„Eine Versammlung dieser Art hatte Nürnberg noch nie gesehen. Der Andrang von Seiten der Mädchen überstieg auch die kühnsten Erwartungen. Die Säle des „Civoli“ vermochten bei weitem nicht die zufließende Menge zu fassen. Wie die Mauern saßen und standen die Mädchen nebeneinander... Was zur Brandmarkung des Dienstbotenjammers gesagt wurde, fand stürmische Zustimmung der Versammlungsbefucherinnen, ebenso die Aufforderung der Referentin, einen Verein für Dienstmädchen zu gründen... Die Organisation werde bewirken, daß Herrschaften, die nicht verstünden, ihre Mädchen als Menschen zu behandeln, keine Mädchen mehr bekämen... Der Verein soll bezwecken: die Hebung der sozialen Lage der Dienstmädchen, die Beseitigung des Zeugnisunwesens und die Schaffung eines eigenen Stellennachweises. Weit über hundert Mädchen haben sich sofort in die zirkulierenden Listen eingezeichnet.“

Nachdem alle Vorbereitungen zur Gründung des Vereins getroffen worden waren, wurde er am 18. März 1906 „als lebendiger Ausdruck des Strebens nach Gleichberechtigung“ ins Leben gerufen.

„Großes Aufsehen erregte in der Versammlung ein eingeschicktes Dienstbotenabendbrot, das auf dem „Tisch des Hauses“ niedergelegt wurde. Es bestand aus drei Kartoffeln, fage und schreibe drei ganzen Kartoffeln und einer Portion Nierengrieben, die mancher „edle“ Hund aus „gutem Hause“ verschmäht hätte. Eine reiche Kaufmannswitwe hatte sich erdreistet, ihr Mädchen am vorhergehenden Dienstag und Mittwoch damit abzufüttern zu wollen, und es war nicht das erstemal, daß sie eine derartige Kost der Armen bot, die täglich 13—15 Stunden schwer zu arbeiten hatte. Dem allgemeinen Wunsch der Mädchen entsprechend ist dieses „Souper“ im Schaufenster der Expedition der „Fränkischen Tagespost“ ausgestellt worden, ein Denkmal des Dienstbotenlebens und der Herrschaftenshände.“

Der Verein erhielt den Namen „Verein für Dienstmädchen, Waschfrauen usw.“. Als Monatsbeitrag hatten die Mitglieder 25 Pf. zu zahlen, erhielten dafür kostenlose Stellen-

vermittlung, die Frauenzeitschrift „Die Gleichheit“ und nach einjähriger Mitgliedschaft eine Krankenunterstützung von wöchentlich 2.— Mk. auf die Dauer von sechs Wochen. Die neue Organisation zählte schon 225 Mitglieder.

Am 1. Mai beteiligte sich auch der junge Verein an der Maifeier der Arbeiterchaft, und Helene Grünberg faßt die „Maiforderungen der Dienstboten“ zusammen: „Ab Abschaffung der überlebten Gefindeordnungen, welche ein schädliches und schimpfliches Ausnahmerecht statuieren, Gleichstellung der Dienenden mit den gewerblichen Arbeitern, freies und gesichertes Koalitionsrecht, sinnmäßige Ausdehnung des gesetzlichen Arbeiterschutzes auf die häuslichen Dienste.“

Die Notwendigkeit dieser Forderungen zeigt die Arbeitsordnung, „die Frau Ingenieur Hafe in Nürnberg ihrem Mädchen beim Dienstantritt eingehändigt hat“. Sie ist nicht bloß eine Illustration des schreienden Dienstbotenlebens, sondern ein kulturhistorisches Denkmal von unserer Zeiten Schande, von der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Die Arbeitsordnung lautet:

- 5.30 Uhr: Aufstehen, Waschen, Haarmachen, Ankleiden, Bettmachen.
- 5.45 Uhr: Milch für die Kleinen machen.
- 6.00 Uhr: Die Milch geben sowie das Kind besorgen, Zimmer säubern, lüften usw.
- 6.30 Uhr: Kaffee bereiten, Brot abnehmen usw.
- 6.45 Uhr: Kaffee auf den Tisch stellen, Post holen usw.
- 7.00 Uhr: Kaffee trinken, Schlafzimmer richten.
- 7.30 Uhr: Badezimmer richten.
- 8.00 Uhr: H.-H.-Zimmer richten, Abort säubern usw.
- 8.30 Uhr: Sonstige Säuberungen vornehmen.
- 9.00 Uhr: In der Küche vorrichten und eventuell Gänge besorgen; bis Mittag am Herd schaffen und anpassen, daß nichts anbrennt, die Gedanken beisammen haben, daß alles richtig gewürzt ist usw.
- 12.00 Uhr: Tisch decken.
- 12.30 Uhr: Tisch abdecken, essen, abwaschen, Küche sauber machen.
- 2.00 Uhr: Kaffee auf den Tisch setzen.
- 2.30 Uhr: Mit allen Küchenarbeiten fertig sein, Gänge besorgen, Zimmer reinigen, Kleinen warten.
- 6.00 Uhr: Abendessen herrichten.
- 7.00 Uhr: Tisch decken, Bier holen usw.
- 7.30 Uhr: Abdecken, aufräumen, Schuhe, Kleider usw. putzen.
- 9.00—10.00 Uhr: Mit allen Arbeiten fertig sein und überlegen, was morgen früh zu tun ist, sowie vornehmen, morgen alles besser zu machen. Zu Bett gehen und mit dem lieben Gott unterhalten.

Nachdem Nürnberg erst einmal bewiesen hatte, daß durchaus die Möglichkeit bestand, auch die in ihrer persönlichen Freiheit so stark gebemmenen „Hausklavinnen“ zu organisieren, folgten bald andere große Städte diesem Beispiel. Von Nürnberg aus wurden die Hausangestellten in F ü r t h und M ü n c h e n organisiert. Ueber die vorbereitende Agitation in München berichtet die „Gleichheit“: „Die Mitglieder des Bildungsvereins für Frauen und Mädchen hatten sich die vorbereitende Agitation eifrig angelegen sein lassen. Mehrere Tage lang hatten sie die Dienstmädchen auf die Versammlung durch Handzettel aufmerksam gemacht, die sie in den Herrschaftsvierteln von Wohnung zu Wohnung trugen. Am Samstag setzten sie ihre Agitation auf dem Diktualienmarkt fort. Jedem Mädchen, das zum Einkauf ging, wurde ein Zettel in die Hand gedrückt, wodurch die Entrüstung gar mancher „Gnädigen“ erregt wurde. Dank der Arbeit unserer Genossinnen ging es auf dem Markt bald so „rebellisch“ zu, daß der Aufforderung einiger „Damen“ entsprechend, die Zettelverteilerinnen weggewiesen wurden.“

In B e r l i n mit seinen 86 000 Hausangestellten lagen die Verhältnisse etwas anders; es bestand schon seit 1900 ein Verein, der die Hausangestellten mit ihren Hausfrauen „harmonisch“ zusammensetzte. Es wurden hier den jungen Mädchen belehrende Vorträge geboten, und die Hausfrauen bemühten sich um „Hebung der Gesamtlage der Dienenden in rechtlicher, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht“. Die Hilfe, die man den Hausangestellten in diesem Harmonieverein angedeihen lassen wollte, hielt sich natürlich ganz im Rahmen der bürgerlichen Anschauungen. Als die Sozialistin E l i s a B r a u n im Jahre 1904 über „Die Entwicklung der Hauswirtschaft und die Dienstbotenfrage“ in diesem Verein sprach und temperamentvoll für größere Freiheit der Hausangestellten eintrat, erregte sie einen Entrüstungssturm bei den Hausfrauen, die die Einschränkung ihrer Küchenherrschaft befürchteten. Den Auswirkungen der Agitation E l i s a B r a u n s ist es wohl auch zuzuschreiben, daß die Hausfrauen allmählich das Interesse an dem Verein verloren, der schon in ein anderes Fahrwasser glitt.

Am 24. April 1906 hatte die Genossin Ottilie Baader eine öffentliche Versammlung für Hausangestellte einberufen. In dieser Versammlung kam der Umschlag der Stimmung klar zum Ausdruck. Die Mädchen hatten, nicht zuletzt durch ihre Erfahrungen im Harmonieverein eingesehen, daß die Besserung ihrer Lage nicht vom mehr oder minder guten Willen ihrer Arbeitgeber abhängig gemacht werden dürfte, daß ihre nur zu berechtigten Forderungen allein durch gemeinsamen Kampf durchgesetzt werden könnten, und daß der Austrag dieser Forderungen nicht in einem Harmonieverein, der die Klassegegensätze verschleiern sollte, vor sich gehen könnte. Gegen diese Anschauung wandte sich die Vorsitzende und Redakteurin der Hausfrauen in ihrem Organ mit einem Artikel: „Wir und die Sozialdemokratie.“ Es kam zu Unstimmigkeiten im Vorstand; die Genossin Ida Baar übernahm bald darauf die Redaktion und wurde von der Generalversammlung vom 31. Januar 1907 auch zur Vorsitzenden gewählt. Die Statuten wurden geändert; Hausfrauen konnten die Mitgliedschaft nicht mehr erwerben. Damit stieß auch der Berliner Verein zu den Reihen der kämpfenden Arbeiterschaft. Auf der Frauenkonferenz, die am 22. und 23. September 1906 in Mannheim stattfand, wurden Richtlinien für die Arbeit der Ortsgruppen zusammengestellt:

1. Abschaffung der Gesindeordnungen und Gesindebücher und Aufhebung der Verpflichtung, mit ansteckenden Krankheiten behaftete Hausangehörige zu pflegen.

2. Unterstellung der Dienenden unter die Gewerbeordnung, Ausdehnung aller Versicherungsgesetze auf sie, Gewährung eines gesetzlich vollen gesicherten Koalitionsrechts.

3. Sinngemäße Anwendung der Bestimmungen über Arbeitszeit und Arbeitsdauer, Sonntags- und Nacharbeit usw. auf die Dienenden, im besonderen und zunächst als Mindestmaß an gesetzlichem Schutz, Einführung eines gesetzlich geregelten Arbeitstages, eines vollen freien Sonntagnachmittags alle acht Tage und alle vierzehn Tage einen vollen freien Tag. Für außergewöhnliche Arbeiten sind Hilfskräfte einzustellen.

4. Gesetzliche Vorschriften, gesunde, den hygienischen Verhältnissen entsprechende Schlafräume, welche von innen verschließbar sein müssen, und ständige Kontrolle derselben durch die Behörden.

5. Einführung des obligatorischen Fortbildungsschulunterrichts auch für die Dienenden bis zum 18. Lebensjahr.

6. Abschaffung der privaten Stellenvermittlungsbüros und Einführung von paritätischen Stellennachweisen.

Nachdem nun Anhaltspunkte vorhanden waren, nach denen ein einheitlicher Arbeitsplan aufgebaut werden konnte, und nicht mehr jeder Ortsverein eine Welt für sich bildete, wurden in kurzer Aufeinanderfolge in fast allen größeren Städten die Hausangestellten organisiert; Hamburg, Frankfurt a. M., Bremen, Wilhelmshaven, Jena, Leipzig, Königsberg, Hannover, Lübeck, sie alle konnten bald auf ansehnliche Erfolge zurückblicken.

In Frankfurt gab es allerlei Zwischenfälle, ehe es zur Gründung kam. „Zur Agitation hatten die Genossinnen auf den Tanzböden und in den Häusern ein kleines Flugblatt in 5000 Exemplaren verteilt. Der für die Versammlung gewählte Saal war klein und faßte nur etwa 150—200 Personen. Es wurde befürchtet, daß er bei weitem nicht besetzt würde. Aber welche Ueberraschung! Schon vor der festgesetzten Zeit war der Saal überfüllt. Dicht gedrängt standen die Mädchen bis auf die Straße hinaus, so daß wir uns entschließen mußten, das Lokal mit einem weit größeren in derselben Straße zu vertauschen. Auch dies war im Nu überfüllt, trotzdem Tische und Stühle aus dem Saal entfernt wurden. Hunderte von Mädchen mußten umkehren, da sie keinen Platz mehr finden konnten. . . Da erschien plötzlich ein Schutzmann und löste die Versammlung auf, weil sie nicht in dem angemeldeten Saal tagte. Hatten wir gefürchtet, daß das

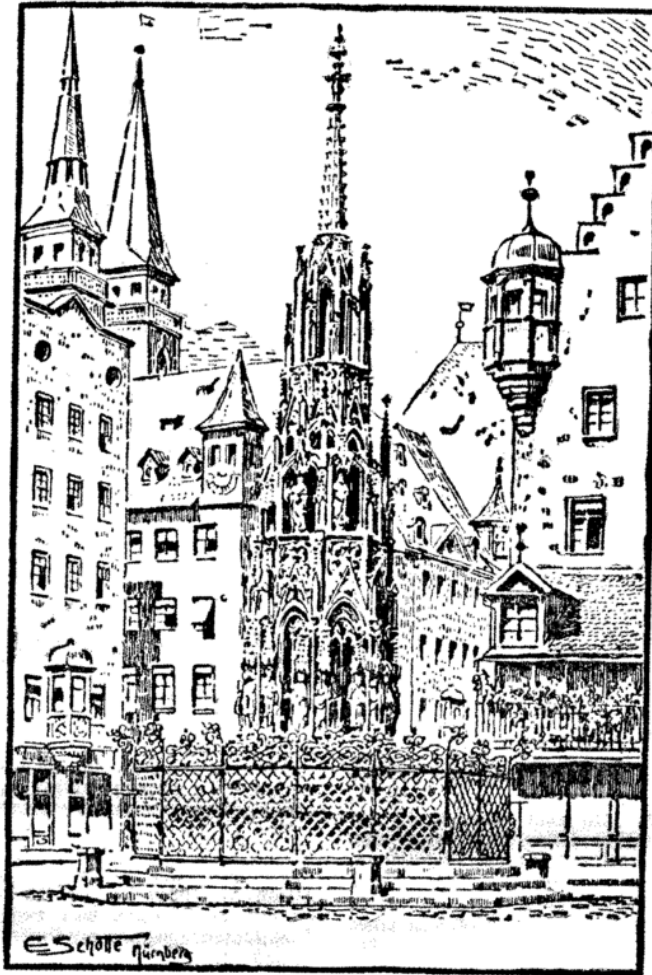
Erscheinen der Polizei die Mädchen einschüchtern würde, so erfuhren wir das Gegenteil. . . Es war eine Begeisterung und eine Kampfesstimmung unter den Mädchen, wie wir sie uns nicht hätten träumen lassen. Und das war mit ein Verdienst der weisen Polizei, die der einsetzenden Bewegung keinen besseren Dienst hätte leisten können, als sie mit ihrem Vorgehen getan.“ Die nächsten beiden Versammlungen waren überfüllt und brachten der Ortsgruppe 500 Mitglieder. Die „Christlichen“ hatten es inzwischen mit der Angst bekommen und beriefen zum gleichen Tage ebenfalls eine Versammlung ein; sie stellten Posten vor das Gewerkschaftshaus, die den Mädchen erklärten, die freigewerkschaftliche Versammlung falle aus. Die Genossinnen ließen sich aber nicht täuschen, und die „Christlichen“ saßen vor leeren Bänken. —

Waren auch die Mannheimer Richtlinien schon ein Schritt auf dem Wege zur Zentralisation gewesen, so gab es doch noch viele Angelegenheiten, die von den einzelnen Ortsgruppen ganz verschieden geregelt wurden. Für einen Teil war „Die Gleichheit“ Vereinsorgan, für den anderen die Berliner „Monatsschrift des Vereins für die Interessen der Hausangestellten“. Mitgliedsbeiträge und Krankenunterstützungssätze waren ebenfalls nicht einheitlich festgelegt. Deshalb „gibt es, die einzelnen lokalen Vereine zu einer leistungsfähigen gewerkschaftlichen Organisation zusammenzufassen“.

Die Vereine für den Gedanken der Zentralisation zu gewinnen, damit auch die Dienstbotenorganisation als gleichwertiges Glied dem großen Gewerkschaftskörper angegeschlossen wird, das war die Aufgabe der Frauenkonferenz, die am 19. November 1907 in Berlin tagte. Es wurde die Gründung eines Verbandsorgans beschlossen und ein Fünfer-Ausschuß der Ortsgruppen Berlin, Hamburg, Frankfurt am Main, Leipzig und München gewählt, der die Vorarbeiten für den Zusammenschluß übernahm. Auf Anregung der Fünf-Städte-Kommission befaßte sich der Hamburger Gewerkschaftskongress vom 22. bis 27. Juni 1908 eingehend mit der Frage der Agitation unter den Hausangestellten und nahm die Forderungen der „Dienstbotenvereine“ nun auch seinerseits auf. Am 17. Januar 1909 tagte die Generalkommission der Gewerkschaften gemeinsam mit den Vertretern der „Dienstbotenvereine“: „Die Gründung des Zentralverbandes der Hausangestellten Deutschlands“ wurde einstimmig beschlossen. „Als Zweck des Verbandes wurde festgelegt die Förderung der wirtschaftlichen und geistigen Interessen seiner Mitglieder. Dies Ziel soll erreicht werden durch die Einwirkung auf die Gestaltung des Dienstvertrags, Gewährung von Krankenunterstützung und Rechtschutz, Errichtung kostenloser Stellennachweise für die Mitglieder, obligatorische Lieferung des Verbandsorgans und Pflege der Gesellschaft und der Solidarität durch Abhaltung regelmäßiger Versammlungen und Veranlassung aufklärender Vorträge.“ Die Berliner Monatsschrift wurde als Verbandsorgan unter dem Namen „Zentralorgan des Zentralverbandes der Hausangestellten Deutschlands“ übernommen.

Mit dem 1. April 1909 übernahm die Zentralorganisation die Arbeit. Seither kämpfen Frauen und Männer Schulter an Schulter für die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage. Besonders die ersten Jahre wurden dem neuen Verband nicht leicht gemacht. Erst als 1918 die Gesindeordnungen fielen, war die Bahn frei für verstärkte Arbeit. Von den Forderungen, die die Nürnberger Kolleginnen vor 25 Jahren erhoben, sind manche durchgeführt worden, für andere steht die Erfüllung noch aus. Neue und alte Forderungen zu verwirklichen, kämpfen die organisierten Hausangestellten in den Reihen der 700 000-Armee des Gesamtverbandes, der fünf Millionen freier Gewerkschafter Deutschlands.

Käte Auerbach.



Nürnberg, Schöner Brunnen



## Hausangestellten-Versammlung vor 25 Jahren

„Wir wollen die Harmonie zwischen Dienstboten und Herrschaften wiederherstellen...“ — „die Dienstboten allein können nichts erreichen, es gehören auch die Herrschaften dazu...“ — „den Arbeitern fehlt es heute an tüchtigen Hausfrauen, weil die Mädchen lieber in die Fabrik als in Stellung gehen, wo sie sich dazu vorbereiten könnten...“ Das waren die Leitomotive, unter denen die Versammlungen tagten, die der Dienerverein veranstaltete. Die wenigen weiblichen Dienstboten, die ihm schon angehörten, schlugen zwar zuweilen eine schärfere Tonart an, wenn die Erinnerung an all die erlittene Unbill sie überwältigte, aber sie trugen schwarz-weiße Kokorden und verwahrten sich ausdrücklich dagegen, mit der Arbeiterbewegung irgend etwas gemeinsam zu haben.

Ich verhielt mich während der ersten Versammlungen nur als Zuhörer und erkannte bald, daß es dem Verein an Mitteln und Mitgliedern fehlte und er offenbar gar nichts wollte, als durch Hinzuziehung weiblicher Dienstboten diesem Uebel abzuhelfen. Im Grunde fürchtete er schon, die Geister, die er gerufen, nicht los zu werden, denn sobald ein Mädchen ihre Erfahrungen gar zu rückhaltlos zum besten gab, trat irgendein Beschwichtigungsapostel ihr entgegen.

Don nun an fehlte ich in keiner Dienstbotenversammlung. Mit bunten Sommerhüten und hellen Blusen füllten die während der Reisezeit der „Herrschaften“ dienstfreien Mädchen die glutheligen Säle. Zuerst kamen nur die Gutgestellten, die Jungen, die Handschuhe trugen und zuweilen vornehmer aussahen wie ihre „Gnädigen“. Sie betrachteten die Sache fast wie eine Ferienlustbarkeit und kokettierten mit den Männern, die hier auf Abenteuer ausgingen. Aber allmählich überwogen die älteren, die von zehn und zwanzig und dreißig Dienstjahren erzählen konnten, und die Armen, die Mädchen für alles waren, auf deren schmale Schultern die gut bürgerliche Hausfrau die Lasten des Lebens abzuwälzen sucht. Und ihre Klagen wurden lauter, ihre Worte deutlicher; das Köcher und Lachen verstummte vor den Bildern des Grams; die sich enthüllten.

Es gab welche, die ihre Kolleginnen um den dunklen Hängeboden über der Küche beneideten, weil sie nichts hatten als ein Schrankbett auf dem offenen Flur oder eine Matraze im Badezimmer: „Dabei wird unsere gute Stube nur zweimal im Jahre für die große Gesellschaft geöffnet...“

Ah, und die schmale Kost bei der harten Arbeit: „Ein Stulle mit Schweineschmalz am Abend, während der Herr drinnen Rotwein trinkt zu fünf Mark die Flasche...“

Dor allem aber: „Nie ein Stündchen freie Zeit... Wir schrubbieren und kochen, während die Herrschaft spazieren geht, ... wir hüten die Kinder, während sie tanzen...“

Dazwischen schüchtern Bitten der Aengstlichen und Gutmütigen: „Nur ein wenig geredete Arbeitszeit — und freundliche Worte statt des ewigen Zanks —, dann wollen wir gern dienen, wollen treu und fleißig sein.“

Sie waren wie aufgeschreckte Dögel, die ohne Richtung hin- und herflattern. Als ich zum erstenmal vor ihnen zu reden begann, hielten sie mich für eine „Gnädige“. „Nu aber gehts los!“ rief kampflustig eine rundliche Köchin. Alles lachte. Ich sprach von den Gefindeordnungen, den Ausnahmefällen für die Dienstboten, die sie den Dienstgebern fast rechtlos in die Hände liefern, von der erlaubten „leichten“ körperlichen Züchtigung, von den vielen Gründen zur Entlassung ohne Kündigung und schließlich von einer jener Schöpfungen der preussischen Reaktion, die den Streik der Dienstboten mit Gefängnis bestraft. Noch hörte man mir ruhig zu, unsicher, was ich aus den Tatsachen folgern würde. Nur der Vorsitzende, der stets aus eigener Machtvollkommenheit „das Hausrecht übernahm“, sah beunruhigt zu mir auf.

„Für Sie ist demnach die Zucht hausvorlage, die Deutschlands gesamte Arbeiterschaft knebeln will, immer Gesetz gewesen,“ rief ich laut.

„Eine Sozialdemokratin!“ kreischte neben mir eine Frau in hellem Entsetzen. Ein unbeschreiblicher Lärm erhob sich; auf die Tische sprangen die Mädchen in hysterischer Erregung, schrieten und winkten mit den Taschentüchern; eine von ihnen drängte sich neben mich, ballte die Fäuste und rief schluchzend: „Wir sind königstreu! Wir sind gottesfürchtig!“ Hilfslos, mit angstgerötetem Gesicht schwang der Vorsitzende unaufhörlich die Glocke. Aber in der nächsten Versammlung erwarteten mich schon ein paar Mädchen an der Türe: „Sie werden sprechen, nicht wahr? — Wir werden Ihnen Ruhe verschaffen!“

Und im überfüllten Saal waren außer den Dienstboten: Neugierige, Hausfrauen, bürgerliche Frauenrechtlerinnen, Journalisten mit der frohen Erwartung einer in möglichst vielen Zeilen zu beschreibenden Sensation. Auch ein paar Genossinnen entdeckte ich: Ida Wiemer und Marie Wengs. „Wir greifen ein, wenn's not tut“, sagten sie, „nur tapfer!“ Bis um Mitternacht ließ mich der Vorsitzende nicht zu Worte kommen. Ich ging im Saal umher, von Tisch zu Tisch. „Das ist Recht und Freiheit im Dienerverein“, sagte ich. Jemand rief: „Alex Brandt soll reden!“ und der Ruf pflanzte sich fort und dröhnte schließlich durch den Saal. Als ich aber auf dem Podium stand, erstickte ich an zornigen Zischen: die

Kraft meiner Stimme kämpfte dagegen an, und wie ein Unwetter in der Ferne verklang es.

„Sie wollen eine Verbesserung der Gefindeordnung, als ob auf verkrautetem Feld frischer Samen gesät werden sollte. Es gibt nur eine Forderung, die Sie stellen dürfen: ihre Abschaffung, damit Sie den Arbeitern gleichgestellt werden.“

„Wir sind keine Arbeiterinnen — wollen keine sein!“ rief ein zierliches Zöschchen mit gebrannten Stirnlocken entrüstet.

„Sie predigen Harmonie zwischen Herrschaft und Dienstboten, und doch gibt es zwischen ihnen ebensowenig eine Interessengemeinschaft wie zwischen dem Arbeiter und dem Unternehmer.“

„Unerhört!“ — Ein paar Damen mit hochrotem Gesicht drängten sich zur Türe. Die Mädchen lachten hinter ihnen: „Sie können die Wahrheit nicht vertragen!“

„Je mehr Sie Maschinen sind, desto weniger Menschen sind Sie und desto bessere Dienstboten im Sinne der Hausfrauen... Sie wollen statt der endlosen eine beschränkte Arbeitszeit, Sie tun recht daran. Aber die Masse der Hausfrauen ist nicht in der Lage, statt eines, zwei und drei Mädchen für dieselbe Arbeit anzustellen. Sie wollen statt einer Schlafstelle ein Zimmer, das ihnen etwas wie ein Zuhause sein kann. Sie tun recht daran. Aber bei der heutigen Einteilungsart der Wohnungen und ihren hohen Preisen sind die meisten Frauen nicht imstande, sie Ihnen zu geben. Sie wollen — lassen Sie mich aussprechen, was Sie selbst noch nicht ausgesprochen haben —, Sie wollen mit Ihren Freundinnen verkehren können, Ihren Bräutigam sehen, ohne auf die Straße, auf die Tanzböden gehen zu müssen.“

„Un glaublich!“ — Und wieder leerte sich der Saal um zahlreiche elegante Zuhörer.

„Das ist Ihr gutes Recht. Und wer sich hier entrüstet gebärdet, den frage ich: Was empört sich in Ihnen? J... Sittlichkeit? Ist es sittlich, junge lebensvolle Mädchen, die an Freude daselbe Recht haben wie die höheren Töchter, denen die Natur daselbe Verlangen nach der Erfüllung ihrer Geschlechtsbestimmung verlieh wie diesen, auf Hintertreppen, auf Schleichwege und zweifelhafte Balkone anzuweisen...?“

Minutenlanger Beifall unterbrach mich. Dicht um das Podium scharten sich junge Gestalten und leuchtende Augen hingen an meinen Lippen.

„Es ist vielmehr der natürliche Egoismus, der Interessengegensatz der Hausfrauen zu den Dienenden, der auch die Wohlwollenden unter ihnen zwingt, fremden Gästen ihr Haus zu schließen... Wir werden für die Gegenwart eine Reihe Forderungen an die Gesetzgebung im Interesse der Dienenden zu stellen haben, deren Erfüllung viele Mißstände beseitigen wird. Aber der Dienst des Hauses wird nur dann den Charakter des Sklavendienstes verlieren und zur Würde selbständiger Arbeit sich entwickeln, wenn das abhängige Dienstmädchen sich in die freie Arbeiterin verwandelt hat, die ihre Arbeitskraft nur stundenweise verkauft, die imstande ist, in Reich und Glied mit dem in der Sozialdemokratie organisierten Proletariat für ihre letzten Ziele zu kämpfen...“

Ich stieg in den Saal hinunter, umbraust von Beifallsrufen und Schimpfworten.

Don nun an hatte ich die Mehrheit auf meiner Seite. Die Versammlungen wurden ruhiger, sachliche Beratungen der aufzustellenden Forderungen wurden ermöglicht.

Der Lärm tobte statt dessen außerhalb der Säle weiter. Die Presse schrieb nach der Polizei, Hausfrauenversammlungen nahmen geharnischte Resolutionen an, durch die sich die Anwesenden verpflichteten, ihren Dienstboten den Besuch unserer Zusammenkünfte zu verbieten. Alles war von der Angst ergriffen, daß mit der Dienstbotenbewegung die Intimität des Familienlebens der Sozialdemokratie ausgeliefert sei.

Aus den „Memoiren einer Sozialistin“ von Lily Braun.

## Zur 3. Reichskonferenz der Haus- und Wachangestellten

Die später als die übrigen Arbeitnehmer kamen die Haus- und Wachangestellten zur Erkenntnis, daß auch sie sich eine machtbegleitende Gewerkschaftsorganisation schaffen müssen, um im Kampf ums Dasein nicht erbarungslos zermalt zu werden. Erst am Ende des vorigen Jahrhunderts zeigten sich einige bescheidene Anfänge, und zwar bildeten sich „Dienstbotenvereine, die zum Teil unter Einfluß der Herrschaften standen, außerdem Fahrstuhlführer-, Wächter- und Portiervereine“. Obwohl selber ohne jeden Einfluß, der gegenseitigen Hilfe nur zu sehr bedürftig, wehrten sich diese arten Gebilde gegen den Gedanken der Zentralisation. Der Zweck dieser Vereine war nicht, für günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen zu strecken, vielmehr pflegten diese Vereine lediglich das Vergnügen und täuschten damit ihre Mitglieder über ihre traurige wirtschaftliche Lage hinweg.

Erst als sich der Zentralverband der Hausangestellten Deutschlands und der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter-Verband der Fahrstuhlführer-, Wächter- und Portiervereine annahm, kann von einer Organisation gesprochen werden. 1923 erfolgte dann der Anschluß des Zentralverbandes der Hausangestellten Deutschlands an den Verkehrsbund. Damit war die Bahn frei, die Einheitsorganisation marschierte.



Werfen wir nun einen kurzen Rückblick auf die letzten acht Jahre, seit dem Anschluß des Zentralverbandes der Hausangestellten und gleichzeitiger Gründung unserer Reichsfachgruppe.

Durch eine äußerst intensive betriebene Agitationstätigkeit war es in Berlin möglich, seit Bestehen unserer Reichsfachgruppe der Haus- und Wachangestellten 21 029 Berufskolleginnen und -kollegen unserer Organisation zuzuführen. Davon entfallen auf die Branchen:

Hausgehilfinnen	3068
Reinemachefrauen	3250
Hausreinigerinnen	5535
Wohnhausportiers	5896
Siedlungsportiers	203
Industrie- und Geschäftshausangestellte	1547
Privatwächter	347
Wach- und Schließangestellte	1183

Eine ähnliche Entwicklung zeigte sich auch in andern Großstädten.

Die überragende Zahl unserer Mitglieder befindet sich in den Großstädten. In den kleineren Orten muß die Masse der Berufskolleginnen und -kollegen noch gewonnen werden. Das wird eine mühsame Arbeit sein, aber sie wird sich sicher lohnen. Damit ist nicht gesagt, daß das Arbeitsfeld in den großen Städten bereits erschöpft ist, ganz im Gegenteil, auch hier sind noch Hunderttausende von Mitgliedern zu gewinnen.

Sehen wir uns einmal die Tätigkeit unserer Berliner Ortsgruppe an, soweit die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch Tarifverträge resp. Lohnabkommen in Frage kommt. 1923 hatten wir mit drei Arbeitgeberorganisationen und mit 14 Firmen Tarifverträge bzw. Lohnregelungen vereinbart. Durch diese Verträge wurden 5651 Arbeitnehmer erfasst. Zwei von diesen Verträgen waren allgemeinverbindlich erklärt. Am Jahresanfang 1931 bestehen dagegen 20 Tarifverträge resp. Lohnregelungen mit neun Arbeitgeberorganisationen und 16 Firmen. Durch diese Verträge werden 43 260 Arbeitnehmer erfasst. Von diesen Verträgen sind vier mit sieben Arbeitgeberorganisationen abgeschlossen für allgemeinverbindlich erklärt.

Nachstehende zehn Verträge, die 1430 Arbeitnehmer erfassen, sind für die Branche der Reinemachefrauen abgeschlossen worden:

1. Allgemeine Ortskrankenkasse der Stadt Berlin.
2. Allgemeine Ortskrankenkasse Charlottenburg.
3. Gewerkschaftshaus G. m. b. H.
4. Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Ortsausschuß Berlin.
5. Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen, Bundesvorstand.
6. Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen, Gau Berlin.
7. Fenster- und Gebäude-Reinigungsgesellschaft m. b. H.
8. Malerhütte Berlin, G. m. b. H.
9. Commerz- und Privatbank, Darmstädter- und Nationalbank, Kommanditgesellschaft auf Aktien, Dresdner Bank.
10. Werkmeister & Co.

Drei Verträge mit 35 633 Arbeitnehmern für die Branchen der Wohnhausportiere und Hausreinigerinnen:

1. Bund der Berliner Haus- und Grundbesitzer, E. D.
2. Freie Haus- und Grundbesitzer-Vereinigung Groß-Berlin, E. D.
3. Magistrat Berlin.

Der mit dem Bund Berliner Haus- und Grundbesitzer abgeschlossene Vertrag ist allgemeinverbindlich.

Ein Vertrag mit 1983 Arbeitnehmern für die Branche der Siedlungsportiers:

Interessengemeinschaft der gemeinnützigen Baudereinigungen Berlins, Reichsverband Deutscher Baugenossenschaften, Bezirksverband Berlin, Verband für die gemeinnützige Bautätigkeit Berlins.

Dieser Vertrag ist vom Reichsarbeitsminister für allgemeinverbindlich erklärt.

Drei Verträge mit 3189 Arbeitnehmern für die Branchen der Industrie- und Geschäftshausangestellten und Privatwächter:

1. Verband der Geschäfts- und Industriehausbesitzer, E. D., Verband Groß-Berliner Industrie- und Geschäftshaus-Besitzer, E. D.
2. Freie Haus- und Grundbesitzer-Vereinigung Groß-Berlin, E. D.
3. Magistrat Berlin.

Der Vertrag mit dem Verband der Geschäfts- und Industriehausbesitzer, E. D., und mit dem Verband Groß-Berliner Industrie- und Geschäftshaus-Besitzer ist allgemeinverbindlich erklärt.

Drei Verträge mit 1025 Arbeitnehmern für die Branche der Wach- und Schließangestellten:

1. Verband der Wach- und Schließgesellschaften, E. D.
2. Wachbereitschaft Groß-Berlin und ehemalige Wachabteilung der Wirtschaftsgenossenschaft Berliner Grundbesitzer, Vereinigte Betriebe, G. m. b. H.
3. „Haja“, Wach- und Reinigungs-Gesellschaft m. b. H.

Der mit dem Verband der Wach- und Schließgesellschaften abgeschlossene Vertrag ist ebenfalls für allgemeinverbindlich erklärt.

Unsere nächste Aufgabe wird sein müssen, für die Hausgehilfinnen sowie für die in der privaten Hauswirtschaft und in Versicherungsgesellschaften beschäftigten Reinemachefrauen Verträge zu schaffen.

Noch ein Wort zu unserer Arbeitsgerichtsbarkeit. Bis zum Jahre 1927 mußten wir unsere Arbeitsstreitigkeiten vor den Amtsgerichten oder Schlichtungsstellen zum Austrag bringen. Heute hat Berlin sechs Fachkammern beim Arbeitsgericht. Acht- und zwanzig Arbeitsrichter unserer Organisation sitzen in den zwei Fachkammern für Portierstreitigkeiten und 52 Arbeitsrichter unserer Organisation in den vier Fachkammern für die Hausangestellten. Wer hätte sich wohl in der Vorkriegszeit träumen lassen, daß der Portier, daß die Hausgehilfin als Arbeitsrichter Recht spricht. Es sah doch in der Vorkriegszeit anders aus, nur nicht besser. Leider vergessen wir so schnell.

Nürnberg begrüßt in diesem Monat das Parlament der Haus- und Wachangestellten. Aus allen Gauen Deutschlands werden die Delegierten nach Nürnberg eilen, um über das Wohl und Wehe der Haus- und Wachangestellten zu beraten und zu entscheiden. Diese Reichskonferenz tagt in einer schweren Zeit, in einer Zeit des wirtschaftlichen Niederganges, in einer Zeit der größten Arbeitslosigkeit, in einer Zeit, in der falsche Propheten sich anheißig machen, die Republik zu stürzen und dafür das „Dritte Reich“ bzw. das „Sowjetparadies“ versprechen. Der dritten Reichskonferenz wird es trotz alledem gelingen, fruchtbringende Arbeit zu leisten und neue Waffen für die Haus- und Wachangestellten zu schmieden. Viel ist in den Jahren, da unsere Organisation besteht, geleistet worden, vieles bleibt noch zu tun übrig.

Darum auf mit neuer Kraft und frischem Mut zu neuer Arbeit! Carl Leube, Leiter der Berliner Ortsgruppe.

## Meine Eindrücke auf der Emmershäuser Mühle

Die Ortsverwaltung Frankfurt a. M. hatte zu dem vom Bezirksbildungsausschuß für den halben Monat Januar 1931 arrangierten Bildungstourismus über Volkswirtschaft auch eine Kollegin aus den Kreisen der Hausangestellten entsandt, die uns darüber folgenden Bericht gibt:

Dankbar nahm ich das Anerbieten an, im vergangenen Monat an einem volkswirtschaftlichen Kursus auf der Emmershäuser Mühle teilzunehmen. Wenn ich mich auch sehr auf die dort stattfindenden wissenschaftlichen Vorträge freute, will ich doch nicht verhehlen, daß mich gerade der Ort, unser Arbeiterheim, auch die „rote Mühle“ genannt, mächtig anzog. Die Gegend, das weitberühmte Weiltal, ist ein Stück Paradies. Im Sommer muß es dort wunderbar sein. Die herrliche Landschaft gewährt genussreiche Wanderungen und bürgt damit allein schon für gute Erholung. Nun noch das schöne Heim selbst. Groß, freundlich und wirtschaftlich eingerichtet. Bade- und Brause-Einrichtungen, ja sogar ein Planschbecken inmitten einer herrlichen Wiese sind vorhanden. Eine gute bürgerliche Küche unter Leitung einer tüchtigen Köchin versorgt den immer hungrigen Magen, der dank der so außerordentlich gesunden Luft doppelte Kräfte erzeugt. Um es kurz zu sagen, alles ist dazu angetan, den Aufenthalt dort so angenehm wie möglich zu machen. Da nun, wie wir ja alle wissen, die paar Sommerferienmonate gar so kurz sind, konnte unser Heim niemals voll ausgenutzt werden. Daraus entstand die glänzende Idee, während der übrigen Monate laufend kurzfristige wissenschaftliche Kurse abzuhalten. Nur für Proletarier, die ihr volkswirtschaftliches und politisches Wissen erweitern wollen. Die Einrichtung dieser Kurse unter Leitung gut geschulter und bewährter Männer ist eine segensreiche. Ein jeder Teilnehmer wird sicher ebenso wie ich nur mit innerer Freude an diese Zeit zurückdenken. Es war wirklich eine schöne Zeit. Wir haben viel gelernt und mußten sehr konzentriert arbeiten, um all das Neue aufzunehmen und vor allen Dingen zu verstehen. Aber um so froher genossen wir die Freistunden. Besonders angenehm empfand ich die außerordentliche Kameradschaftlichkeit und gegenseitige Aufmerksamkeit der Genossen zueinander. Gemeinsame Ausflüge auf hartgefrorenen Waldwegen ließen uns die Schönheit des Weiltals auch im Winter erkennen und jedesmal kehrten wir mit frohem Sinn, die Lungen von gesunder, rauher Winterluft gestärkt, in unser liebes Heim zurück. Zurück zur Arbeit, um mit neuem Eifer und neuer Freude weiter Kenntnisse zu sammeln, um dadurch geistig vollwertige Menschen zu werden. Leider waren es nur acht Tage, aber ich habe in der kurzen Zeit eine Menge Reichtümer in mir aufgespeichert und in den traurigen Alltag des Arbeitslosen mit zurückgenommen. Ich werde noch lange daran zehren. Mit jedem Gedanken an diese schöne Zeit bin ich denen dankbar, die diese Einrichtung ins Leben gerufen haben und sie zu unserem Wohle erhalten und weiterführen. Auch ein stiller Dank schwingt darin mit für unseren Lehrer und Kursusleiter, der sein Wissen zur Verfügung gestellt hat, damit wir uns daran bereichern konnten. Greil Linkersdörfer.

# Vor dem Arbeitsgericht

Dor uns liegt eine Schmähchrift, die die Ueberschrift „Zeugnis“ trägt und die Unterchrift eines leibhaftigen Dr. med. Es ist also eine akademische Leistung, und wenn unser Raum auch beschränkt ist — wir haben nicht das Herz, unseren Kolleginnen und Kollegen den Genuß, einen Blick in das Gemüt eines edlen Deutschen zu tun, vorzuenthalten. Das „Zeugnis“ lautet:

Dr. med. Viktor Pfeifer

Leipzig-Plagw., den 3. 11. 1930  
Schopenhauerstr. 22 I

## Zeugnis.

Auf ausdrücklichen Wunsch wird die unter 31. 10. 30 ausgefertigte und überreichte Arbeitsbescheinigung des Hausmädchens G. . . . bzw. der Fragen Arbeitsleistung, Führung, Ehrlichkeit nachstehend ergänzt:

Die T. kann, sofern sie den Willen hat, ihre Hausarbeit verrichten. Im allgemeinen vollführt sie ihre Arbeit langsam, interesselos, nicht eifrig. Sie ist untüchtig, befreit sich die Arbeit fernzuhalten. In meinem Hause suchte sie systematisch die Aufgaben ihres Beschäftigungsfeldes auf das Zweitmädchen abzuwälzen.

So unzuverlässig wie in der Verrichtung der häuslichen Arbeiten war sie auch in der Ausführung ihrer übertragener Pflichten, die Sicherheit der Wohnung und Familie erfordern, wie Schließen der Fenster und Türen, der Wasabahn und Gasabzugen. Die Versorgung des Hundes war ebenfalls gewissenlos.

Besonders stark vernachlässigte sie ihre Pflichten in Perioden, wo die mannestolle Person Enttäuschungen erlebte. Mit Kindern umzugehen, hat die T. gar kein Geschick. Sie war mürrisch, zänktlich und ließ sich wiederholt zu Mißhandlungen hinreißen.

Neben der fast krankhaft betonten Fürsorglichkeit für ihr persönliches Eigentum fällt trotz der Fahrlässigkeit ins Auge, mit der sie fremdes Gut behandelt. Durch diese Fahrlässigkeit hat sie viel Bedruß und beträchtlichen Schaden verursacht.

Ihr fahrlässiges, mürrisches, nur auf das Eigenwohl bedachte Wesen, die arrogante, dummdreiste Art, wie sie auf sachliche Rügen wegen Vernachlässigung ihrer Pflichten entgegnet, insbesondere ihre hartnäckige Verlogenheit, machen sie zur Tätigkeit im Haushalt restlos ungeeignet.

Unerfüllbarkeiten wurden nicht nachgewiesen, doch fanden Unsinntigkeiten keine Klärung.

Aus diesen Gründen wurde der T. am 1. 10. für 15. 10. gekündigt. Auf ihr Bitten, da der Nachweis nur kurzer Beschäftigung ihr Schaden konnte und erüsten Versprechungen, sich zu bessern, besonders das Lügen einzustellen, wurde — unter Aufsichtnahme der ausgesprochenen Kündigung — eingewilligt, den Versuch weiterer Zusammenarbeit zu machen. Die ersten Tage gab sie sich Mühe, das führt zu der eingangs erwähnten Rutmachung, daß die T., sofern Arbeitswille vorhanden, Hausarbeiten ausführen kann. Nach wenigen Tagen schon gab es wieder die alten Klagen.

Mißhandlungen der Kinder führten am 31. 10. zu einer Auseinandersetzung, in der sie, abermals der Lüge überführt, aufgefordert wurde, sich nach einer neuen Stelle umzusehen. Mit erhobenen Händen drang sie auf die Hausfrau ein, schreiend diese und den Hausherrn mit Beleidigungen zu bedecken. Am Ende dieser Szene warf sie ihre Schürze weg und erklärte: „Ich gehe sofort.“ Dieser Wunsch wurde ihr vor Zeugen bestätigt und ihr gestattet, da der Versuch weiterer Zusammenarbeit so kläglich gescheitert, sofort das Haus zu verlassen, um so mehr, als die erteilte Kündigung am 15. 10. 30 bereits rechtskräftig geworden war.

gez. Dr. Pfeifer.

Dor dem Gericht ergab sich, daß die Mutter des Arztes unsere Kollegin mißhandelt hatte. Wenn auch die als Zeugin noch im Haushalt des rachedurstigen Arztes tätige zweite Kollegin in ihren Aussagen stark zurückhielt, so spielte der gebildete Mann doch eine nicht gerade beneidenswerte Rolle. Zudem, er wurde verurteilt.

Immerhin — der Dr. med. hält keinen Vergleich aus mit seinem Landsmann, dem Ingenieur Brucker in Leipzig. Die 14½-jährige Halbweife R. klagte auf Entschädigung für Kost, Logis sowie Lohnzahlung. Man könnte es kurz abmachen und sagen, der Vater nahm das Mädchen aus dem Dienst, da es sittlich gefährdet war. Das wäre schon schlimm gewesen, aber Brucker ist noch schlimmer. So widerwärtig es ist, dem Menschen in seinen Sumpf zu folgen, es ist notwendig, den Ekel zu überwinden, da der Fall für die Zukunft festgehalten werden muß.

Wenn die junge R. dem unverheirateten 66-jährigen B. die Schube zuschnürte, berührte er sie unzüchtig. Er scheute sich nicht das Kind aufzufordern, sich zu entkleiden und ihm zu Willen zu sein. Den Gipfel aller Gemeinheit erklimmte B. aber mit der Schändung des Ansehens an die Mutter der R. Die Mutter hatte ebenfalls bei B. gedient und von ihr behauptete der alte Wüstling, sie habe sich ihm willfährig gezeigt. Die Tochter solle dem Beispiel der Mutter folgen.

Der Vorgang ist so ungeheuerlich, daß man an der Darstellung des jungen Mädchens im ersten Augenblick tatsächlich zweifeln muß. Der Ausgang des Gerichtsverfahrens ist jedoch für den B. zerschmetternd. B. hatte den früheren Arbeitgeber laden lassen, der bestätigen sollte, daß die R. ein verlogenes Geschöpf sei. Der Zeuge versagte, dagegen wurde festgestellt, daß B. seit jeher nur junge Mädchen von 15 bis 16 Jahren in Dienst genommen hatte. Aus Prozeßakten ersah man, daß er diese jungen Mädchen zum Teil jugendlich ausgenutzt hatte.

Das Gericht verurteilte den B. zur Zahlung von 90 Mk. und Zahlung der Kosten, wenn — ja, nun möchten wir hoffen, daß der uns übermittelte Bericht einen Fehler enthält: Die 90 Mk. soll die Kollegin erhalten, wenn ihr Vater schwört, daß ihre Angaben der Wahrheit entsprechen.

Wir wollen hoffen, daß der Bericht an dieser Stelle einen Irrtum enthält. Ein Arbeitsgericht hat nicht das Recht Fakt-nachforschung zu machen. Seit wann verlangt das Gericht Eide von Menschen, die keine Augen- und Tatzeugen waren. Selbstverständlich glaubt der Vater seiner Tochter, aber daß er diesen Glauben beschwören muß, das verstehe wer kann. —

Nach Beendigung des Prozesses — der Beklagte hat Berufung eingelegt — werden wir uns bemühen, dafür zu sorgen, daß dem B. die Beschäftigung von Jugendlichen verboten wird. K a r l i.

## Gute Zeiten für Tarifgegner!

### Der Schlichtungsausschuß Frankfurt a. M. gegen einen Hausangestellten-Tarif

In der Dezembernummer der „Hausangestellten-Zeitung“ wurde der Tarifvertrag für die Hauswirtschaft in Frankfurt a. M. besprochen und mitgeteilt, daß er von dem Frankfurter Hausfrauenverein zum 31. Januar 1931 gekündigt worden ist. Mittlerweise fanden Verhandlungen vor dem Frankfurter Schlichtungsausschuß statt, die jedoch ein negatives Ergebnis hatten. Der Schlichtungsausschuß fällt am 27. Januar 1931 folgende Entscheidung: „Der gestellte Antrag auf Abschluß eines Mantel- und Lohn-Tarifes wird zurückgewiesen.“

Diese Entscheidung stellt für die Arbeitnehmer in den privaten Haushaltungen ein grobes Unrecht dar. Der Schlichtungsausschuß hat nicht nur keine Vertragshilfe geleistet, wie es seine Pflicht nach § 3 der Schlichtungsverordnung ist, sondern alle Möglichkeiten zum Abschluß eines Tarifvertrages verbaut, zumal die Parteien selbst noch gar keine gütigen Verhandlungen geführt hatten und es Sache des Schlichtungsausschusses war, den Parteien zunächst einmal aufzugeben, gütliche Verhandlungen zu führen. Der Schlichtungsausschuß hat in allen Fällen, wo vor seinem Tätigwerden Güterverhandlungen zwischen den Antragstellern und den Antragsgegnern noch nicht stattgefunden haben, die Parteien aufzugeben, diese Verhandlungen zu führen. In dem vorliegenden Falle ist diese Gepflogenheit überanmaßen und in der Sache entschieden worden, ohne daß in den Verhandlungen mit einem Wort über den materiellen Inhalt des Antrages gesprochen worden wäre. Dennoch hat der Schlichtungsausschuß entschieden, daß den Hausfrauen ein Tarifvertrag nicht zugemutet werden könnte, da er u. a. eine schwere Belastung für die privaten Haushaltungen darstelle und Vermehrung der Arbeitslosigkeit die Folge wäre. Der Schlichtungsausschuß hat völlig außer acht gelassen, daß ja ein Tarifvertrag seit 1919 allgemeinerbindlich bestand, ohne daß deswegen in Frankfurt a. M. eine besonders große Arbeitslosigkeit im Unterschied zu anderen Städten zu beobachten gewesen wäre. Den Hausfrauen wurde durch die Entscheidung des Schlichtungsausschusses geradezu ein Geschenk darobbracht. Die Sozialbeiträge können anteilmäßig auf die Arbeitnehmer umgelegt werden, der Urlaub und die freie Zeit brauchen nicht mehr gewährt werden. Die Entlohnung ist völlig in das Ermessen der „Gnädigen“ gesetzt u. a. m. In der Tat wurde auch die Entscheidung des Schlichtungsausschusses von der bürgerlichen Presse, die sich um Rechte und Belange der Hausangestellten noch niemals gekümmert hat, mit wahren Wohlbehagen besprochen.

Der Zentralverband der Hausangestellten hat sich in einem Flugblatt an die Arbeitnehmer in der Hauswirtschaft gewandt und sie aufgefordert, den Kampf, den jetzt die Organisation um das Zustandekommen eines neuen Tarifvertrages führt, zu unterstützen. Nachdem der tarifvertragslose Zustand durch die Presse bekannt wurde, wurden scheinbar auch die Hausangestellten wach, denn jetzt sehen sie ein, daß es kein Beiseitestehen mehr geben kann und kommen zur Organisation.

Wir werden im Kampf um einen neuen Tarifvertrag nicht locker lassen. Ob ein solcher zustande kommt, hängt nicht zuletzt von den Hausangestellten ab. Je mehr sie sich im Zentralverband der Hausangestellten zusammenschließen, desto erfolgreicher kann der Kampf um einen Tarifvertrag geführt werden.

## Zu den bevorstehenden Betriebsratswahlen

Die in fast allen Branchen finden auch bei den Wachangestellten die Wahlen zur Betriebsvertretung statt. Bis zum Jahre 1930 hatten wir mit Gegenlisten nicht zu rechnen. Im Jahre 1930 meldeten sich bei der Betriebsratswahl im Betrieb der Berliner Wach- und Schließgesellschaft auch die Christlichen. Die Gesellschaft hatte den Deutschen Sicherheitsdienst aufgekauft und die dort beschäftigten Wächter übernommen. Dadurch sind christlich organisierte Wächter in den Betrieb gekommen. Die Christlichen erhielten bei der Wahl zwei von den sieben Betriebsratsstellen. Dabei ist zu beachten, daß bei der Berliner Wachgesellschaft sehr viel abgebaute Beamte beschäftigt werden, die von der freien Gewerkschaft nichts wissen wollen.

In diesem Jahre haben wir in den Betrieben des Wachgewerbes aber auch mit nationalsozialistischen Listen zu rechnen. Die nationalsozialistische Welle ist bei den Wächtern nicht spurlos vorübergegangen.

Ein großer Teil der Wächter fühlt sich als Beamte. Als solche glauben sie etwas anderes vorzustellen, als diejenigen, die sich



als Arbeiter fühlen. Hinzu kommt, daß ein gewisser Beamten-dünkel durch die Unternehmer selbst großgezogen wird.

Zweifellos haben die Betriebsräte im Wachgewerbe im verfloßenen Jahr ein gerüttelt Maß voll Arbeit gehabt. Besonders sind es die Entlassungen, mit denen sich die Betriebsräte fast täglich zu beschäftigen haben. Aber auch die Dienstleistungen (Größe der Reviere usw.) machen unseren Kollegen eine Menge Arbeit. Weiter kommt hinzu, daß in den Betriebsversammlungen immer eine Reihe von Wünschen und Beschwerden, hier besonders über Kleidung, Ausrüstung, sanitäre Einrichtungen, Behandlung durch Vorgesetzte, vorgebracht werden, deren Erledigung dem Betriebsrat übertragen wird.

Dadurch, daß die im Gesamt-Verband organisierten Betriebsräte in ständiger Verbindung mit der Organisation stehen, war es auch möglich, erfolgreiche Arbeit zu verrichten. Die kommenden Betriebsratswahlen stellen unsere Kollegen vor schwere Entscheidungen. Auf Grund der in allen Betrieben geleisteten Arbeit dürfte es eigentlich nicht schwer sein, die Entscheidung zu fällen. Aber in den Zeiten der politischen Zerrissenheit der Arbeiterschaft blüht leider auch jenen der Weizen, die nur Phrasen dreschen und denen es nicht so sehr darauf ankommt, positive Arbeit zu leisten, sondern Posten zu erlangen. Eigennuß und Selbstsucht sind einzig das Motiv.

Das Verständnis, von dem die organisierten Wächter in den für diese einberufenen Versammlungen Zeugnis ablegen, läßt erwarten, daß den Freunden des Kapitals, den Schüligen der Unternehmer nicht die Bäume in den Himmel wachsen. Unsere Kollegen haben das Versprechen abzugeben, ihre ganze Kraft einzusetzen, um der freigewerkschaftlichen Idee zum Siege zu verhelfen. Wir lassen uns nicht irremachen, auch nicht durch das Gekläff der Nationalsozialisten, sondern gehen unseren geraden Weg weiter. Wir wollen hoffen, daß auch in diesem schweren Kampf der Sieg erfochten wird für die bisherigen Interessenvertreter der Wächter, die freigewerkschaftlichen Betriebsräte und den Gesamt-Verband.

Artur Wieloch.

## Ortsgruppen berichten:

### Berlin

**Wohnhausportiers.** Am 29. Januar d. J. fand in den Spidernfeßsälen eine sehr gut besuchte Branchenversammlung der Wohnhausportiers statt. Auf der Tagesordnung stand zunächst ein Vortrag des Reichsfachgruppenleiters, des Kollegen Lambrecht. In interessanten Ausführungen schilderte der Referent den Aufbau der Organisation bis zum Gesamt-Verband und den Kampf mit dem Unternehmertum. Am Schluß seiner Ausführungen ging der Redner auch auf die preußische Lockerungsverordnung vom 10. September sowie auf die Notverordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember 1930 ein. Er wies insbesondere darauf hin, welche Schritte die Organisation in die Wege leitet, um die Lockerungsverordnung des preußischen Wohlfahrtsministers resp. die Notverordnung des Reichspräsidenten aus der Welt zu schaffen. Anschließend gab der Referent einen kurzen Ueberblick über den organisatorischen Aufbau des Gesamt-Verbandes. Dieser gliedert sich in Reichsabteilungen, Reichsfachgruppen, Bezirks- und Ortsverwaltungen. Insbesondere erwähnte Kollege L. unsere Reichsfachgruppe, die Haus- und Wachangestellten, und hob hervor, daß diese in der „Hausangestellten-Zeitung“ ein eigenes Fachorgan besitzt. Indem der Referent zum Schluß seines Referats nochmals zum Ausdruck brachte, daß wir nur durch brüderliche Solidarität die gesteckten Ziele erreichen können, schloß er unter großem Beifall der Versammelten seine Ausführungen. — Anschließend gab Kollege Scherer den Geschäftsbericht für das Jahr 1930. Er führte folgendes aus: Auch das Jahr 1930 war ein Jahr der Arbeit und des Erfolges. Wohl hat die Zahl der geführten Prozesse im Berichtsjahr 1930 gegenüber dem Vorjahr abgenommen. Trotzdem hat sich gezeigt, daß der Hausbesitzer versucht, sich einer tariflichen Lohnzahlung zu entziehen. Auch die Zahl der Räumungsklagen ist im Geschäftsjahr 1930 zurückgegangen. Insgesamt wurden für die Branche der Wohnhausportiers 112 Lohnklagen geführt. Von diesen Klagen endeten 81 mit vollem Erfolg, 16 Klagen durch Teilerfolg und 14 Klagen waren erfolglos. Es wurde unseren Kollegen insgesamt die Summe von 6435 Mk. zugesprochen. Neben Lohnklagen mußten Feststellungsklagen, Räumungsklagen, Zwangsvollstreckungsgegenklagen, Urlaubs-, Schadenersatz- und Zeugnisklagen, Klagen wegen Kautionsrückzahlung und Vermittlungsprovisionen, wegen Herausgabe des Mietvertrages geführt werden. Außerdem mußten Zahlungsbefehle erlassen sowie Anträge auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung gestellt werden. Es wurden insgesamt 276 Klagen mit 521 Terminen vor den einzelnen Gerichten und Mieteinigungsämtern wahrgenommen, davon endeten 180 Klagen mit vollem Erfolg, mit Teilerfolg 32, erfolglos blieben 57 und am Jahresluß unerledigt waren 7 Klagen. An Umzugskosten erhielten unsere Kollegen insgesamt 565 Mk. In 3 Fällen wurde den Kollegen an Stelle von Erfahrungs nach § 22 MSchG. ein Geldbetrag zugesprochen in Höhe von 1305 Mk. Unter den Klagen hob Kollege Scherer besonders die gegen den Reichsverband der Portiers wegen Beitragszahlung und Prozeßkosten geführten hervor. Der

Reichsverband für Portiers hat nämlich seinen Mitgliedern für Vertretungen vor dem Arbeitsgericht Gebühren abgenommen, wo er sie nicht erhielt, klagte er. Dem klagenden Reichsverband war die Uebernahme der Prozeßvertretung durch unsere Organisation nicht gerade genehm, und zog er es vor, den Rückzug anzutreten. Wie bereits der Kollege Lambrecht, ging auch Kollege Sch. auf die Lockerungsverordnung sowie auf die Notverordnung des Reichspräsidenten ein. Er erklärte, daß wir nicht eher den Kampf aufgeben werden, bis mindestens eine Milderung durchgesetzt sei. — Durch unermüdete Aufklärungsarbeit, an welcher auch die unbesoldeten Funktionäre reichen Anteil haben, war es möglich, der Organisation 688 neue Mitglieder zuzuführen. Neben 100 Bezirks- und Agitationsversammlungen wurden 7 Branchenleitungsitzungen, 5 Funktionärsitzungen, 51 Besprechungen und 3 Branchenversammlungen abgehalten. Zum Schluß seiner Ausführungen erwähnte Kollege Scherer die Kolleginnen und Kollegen, weiter fest zusammenzubehalten und durch tatkräftige Agitation unsere Organisation weiter auszubauen. Nach einer recht lebhaften Diskussion fand die Neuwahl der Branchenleitung statt. Gewählt wurden als 1. Branchenleiter Kollege Jilian, als 2. Branchenleiter Kollege Galon, als 1. Schriftführer die Kollegin Fleck, als 2. der Kollege Breitenfeld. Als Beisitzer wurden die Kollegen Szaguns, Hoffmann und Drogies gewählt. Als Branchenberater wurde Kollege Scherer wiedergewählt. Für die im März d. J. stattfindende Reichskonferenz wurde als Delegierter Kollege Jilian und als Erfahrmann Kollege Galon gewählt. Die zur Reichskonferenz von der Branche der Wohnhausportiers gestellten Anträge wurden einstimmig angenommen.

**Hausreinigerinnen.** In einer am 27. Januar d. J. in den Revidenzsälen stattgefundenen Mitgliederversammlung sprach unser Kollege Fritz Lambrecht über das Thema: „Unsere Reichsfachgruppe im Gesamt-Verband.“ Der Referent schilderte in seinem Vortrag den Kampf zwischen Unternehmertum und Arbeitnehmerschaft. Die Unternehmer haben lediglich ihre Profitinteressen im Auge und sind bestrebt, den Arbeitnehmer nach Möglichkeit auszunutzen und auszubeuten. Da die Arbeitskraft das einzige und höchste Gut des Arbeiters ist, muß er bestrebt sein, seine Arbeitskraft so teuer wie möglich zu verkaufen. Der Arbeitnehmer muß sich bewußt sein, daß der Unternehmer auf seine Arbeitskraft angewiesen ist. Allerdings wird es dem einzelnen schwer fallen, den Kampf mit dem Unternehmertum aufzunehmen. Nur im Bunde mit seinen Arbeitsbrüdern und -schwestern wird er Erfolge erzielen können. Insbesondere ging Kollege Lambrecht auf unsere Reichsfachgruppe ein und hob hervor, daß unsere Reichsfachgruppe ein selbständiges Fachorgan herausgibt, welches bereits in einer Auflage von 25 000 erscheint. Er wies darauf hin, daß es das Bestreben der Reichsgruppenleitung ist, jeder Berufsgruppe in dieser Fachzeitschrift gerecht zu werden. Zum Schluß seiner Ausführungen richtete der Referent an die Versammelten den Appell, mit aller Kraft für den weiteren Ausbau und für die Stärkung der Reichsfachgruppe im Gesamt-Verband zu wirken. — Anschließend wurde der Geschäftsbericht erstattet. Im Berichtsjahr haben insgesamt 503 Veranstaltungen, und zwar: 67 Versammlungen, 57 Besprechungen, 10 Funktionärsitzungen und 369 Verhandlungen stattgefunden. An Neuaufnahmen respektive Uebertritten hat die Branche 623 zu verzeichnen. Klagen wurden 202 geführt; Termine mußten 344 wahrgenommen werden. Von den Klagen waren eingeleitet wegen Lohn 99, Räumung 53, Feststellung (§ 20 MSchG.) 12, Zeugnis 6, Zuweisung von Wohnungen 6, Urlaub 7, Zahlungsbefehl 5, Kranken- und Urlaubsentschädigung 3, Mietzahlung 3, Zwangsvollstreckungsgegenklagen 3, Schadenersatz 2, Festsetzung der Miete 2, einweilige Verfügung 1. Vollen Erfolg hatten 76 Klagen, Teilerfolg respektive Vergleich 90, erfolglos waren 17 Klagen, zurückgenommen wurden 11 Klagen und 8 Klagen waren am Jahresluß noch unerledigt. — Bei den Wahlen zur Branchenleitung wurde als 1. Branchenleiterin die Kollegin Prudlo, als 2. Branchenleiterin Emma Bochow, als 1. Schriftführerin Martha Horn, als 2. Schriftführerin Hedwig Hein und als Beisitzer Hedwig Jonas, Selma Brust und Hedwig Hoffmann gewählt. — Als Delegierte zur 3. Reichskonferenz nach Nürnberg wurde die Kollegin Emma Bochow und im Behinderungsfalle Martha Horn gewählt.

**Reinmachefrauen.** Am 26. Januar fand im Gewerkschaftshaus, Engelauf 24/25, unsere Branchenversammlung statt, in welcher der Geschäftsbericht gegeben wurde. Die steigende Arbeitslosigkeit hat auch auf das Organisationsverhältnis dieser Branche ungünstig gewirkt. Trotzdem konnten die bestehenden Tarifverträge in den weitaus meisten Fällen gehalten werden. Leider konnten aber neue Lohnforderungen nicht mit nennenswertem Erfolg beendigt werden. Die Lohnforderung bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse wurde abgelehnt, ohne daß uns Gelegenheit zu mündlicher Verhandlung gegeben wurde. Neu wurden die Lohnabkommen mit dem Ortsausschuß des AöGB, mit der Fenster- und Gebäudereinigungs-Gesellschaft und der Gewerkschaftshaus-G. m. b. H. geschlossen. Es wurden Stundenlöhne von 75, 85, 90 und 95 Pf. festgelegt. Besonderen Vorteil brachte die Festlegung der Abzüge zur Sozialversicherung. Der Manteltarifvertrag mit der Fenster- und Gebäudereinigungs-G. m. b. H. blieb unverändert. An dem Manteltarifvertrag mit der Gewerkschaftshaus-G. m. b. H. beteiligten sich der Zentralverband der Maschinisten und Heizer und

der Deutsche Metallarbeiter-Verband. Nach wiederholten Verhandlungen ist es uns gelungen, mit der Malerhütte einen Tarifvertrag am 22. Oktober zum Abschluß zu bringen. Dieser Vertrag bringt für die Kolleginnen wesentliche Verbesserungen. Es wurde ein Stundenlohn von 78 Pf. festgelegt. Ferner erhalten die Kolleginnen eine wöchentliche Fahrgegeldvergütung von 60 Pf. und einen Arbeitsmittel zur Verfügung gestellt. Gehündigt wurde uns das Tarifverhältnis mit der Deutschen Bank. Die allgemeinen Lohnabbau-Bestrebungen wirkten sich recht unangenehm aus. Trotzdem ist es gelungen, ein neues Tarifverhältnis mit den Großbanken abzuschließen. Dieser Tarifvertrag findet auch Anwendung für die früher bei der Deutschen Bank beschäftigten Reinemachefrauen, die von dem Reinigungs-Institut Werkmeister und Co. übernommen wurden. — Agitatorische Veranstaltungen haben 168 stattgefunden. Leider entsprach der Besuch nicht den Erwartungen. Obgleich der Organisationsgedanke bei dieser Gruppe sehr schwach ist, konnten doch 240 Neuaufnahmen gemacht werden. Noch immer haben die Kolleginnen nicht erkannt, daß eine wirtschaftliche Freiheit und gute Lohn- und Arbeitsbedingungen nur durch straffes Organisationsverhältnis erwirkt werden können. — Durch rege Mitarbeit aller Kolleginnen muß es möglich sein, den Kreis der organisierten Reinemachefrauen zu erweitern.

**Reinigungsfrauen der Berliner Banken** stehen unter neuen Mantelverträgen und Lohnabkommen. Mit der Commerz- und Privat-Bank, der Darmstädter und Nationalbank, Kommanditgesellschaft auf Aktien, und der Dresdner Bank ist am 9. Januar, und mit dem Bankreinigungs-Institut Werkmeister u. Co. am 22. Januar d. J. ein Manteltarifvertrag resp. Lohnabkommen geschlossen worden.

Nach diesem neuen Abkommen erhalten unsere Kolleginnen Garbrotde-, Toiletten- und sonstigen Tagesfrauen bei 8 Stunden täglicher Beschäftigung 57 Pf., unter 8 bis 6 Stunden täglicher Beschäftigung 61 Pf. und unter 6 bis 4 Stunden täglicher Beschäftigung 65 Pf. pro Stunde. Reinemachefrauen erhalten bei 20stündiger wöchentlicher Arbeitszeit 56 Mk. und Fensterputzerinnen bei 20stündiger wöchentlicher Arbeitszeit 61,50 Mk. für den Monat resp. 14,20 Mk. pro Woche. Für alle in die Wochen fallenden Feiertage wird der volle Lohn vergütet. Für Arbeiten an Sonn- und Feiertagen und für Nachtarbeiten wird ein Zuschuß von 25 Proz. gewährt. Der Urlaub beträgt 3 bis 15 Arbeitstage. In Erkrankungsfällen wird ein Zuschuß in halber Höhe des Lohnes für 6 bzw. 24 Arbeitstage gewährt. Lohnabzüge werden nicht vorgenommen wegen einer Arbeitsbehinderung, die durch Erfüllung staatlicher oder kommunaler Pflichten entsteht. Es besteht gegenseitige tägliche Kündigung. Nach Ablauf eines Jahres wird die tägliche Kündigungsfrist in eine solche von 14 Tagen zum Monatschluß umgewandelt.

Die Manteltarifverträge resp. Lohnabkommen traten am 1. Januar d. J. in Kraft. Die Manteltarifverträge gelten bis zum 31. Dezember 1931 und verlängern sich jeweils um ein Jahr, wenn sie nicht drei Monate vor Ablauf gekündigt werden. Die Lohnsätze gelten bis zum 31. Dezember 1931. Sollten sie von keiner der Vertragsparteien bis spätestens 6 Wochen vor dem 31. Dezember 1931 gekündigt worden sein, so verlängern sich die Lohnabkommen jeweils um 6 Monate, wenn sie nicht spätestens 6 Wochen vor Ablauf dieser Frist gekündigt werden.

In einer am 2. Februar d. J. in der Aula des Dorotheenstädtischen Gymnasiums stattgefundenen Versammlung erstattete Kollege Leube Bericht über die Tarifverhandlungen und die versammelten Reinigungsfrauen stimmten dem Verhandlungsergebnis zu.

**Hausgehilfen.** Am 28. Januar fand die Jahresmitgliederversammlung der Gruppe Hausgehilfen statt. Kollegin Höger berichtete über die Tätigkeit der Gruppenleitung im verfloffenen Geschäftsjahr folgendes: Von den Folgen der Wirtschaftskrise blieben auch die in den Privathaushaltungen Beschäftigten nicht verschont. Das Ueberfluten der Arbeitsnachweise durch Berufsfremde wirkte sich in der schlimmsten Weise lobndrückend aus, ein Umstand, der von den Hausfrauen weidlich ausgenutzt wurde. — Die Klauen vor dem Arbeitsgericht mußten meist wegen unberechtigter fristloser Entlassung geführt werden. Den Kolleginnen wurde der verdiente Lohn, Zenonisse und Sachen vorenthalten. Von 98 Klagen wurden 77 mit Erfolg beendet und eine Gesamtsumme von 5440,74 Mk. bei Wahrnehmung von 149 Terminen zugunsten unserer Kolleginnen herausgeholt. — Die agitatorische Tätigkeit war sehr umfangreich und trug den Charakter der Aufklärung, Belehrung und Fortbildung. Unser Agitationsfeld ist von besonders ungünstigen Einflüssen bedroht. Gerade für stellunglose Hausgehilfen, die gleichzeitig obdachlos, fehlen Heime. Von charitativen Heimen wurde die Not der Hausgehilfen ausgenutzt. Nicht genug, daß die Hausgehilfen für die Unterkunft bezahlen, übt man dort auch noch einen geistigen Druck auf sie aus. Kollege Leube wies die Öffentlichkeit durch einen Rundfunkvortrag auf diese menschenwürdigen Verhältnisse hin. — Die Fortbildung im Beruf wurde von der Organisation besonders berücksichtigt. Die Förderkurse wurden auch im verfloffenen Geschäftsjahr von unseren Kolleginnen besucht. Der in der Schule der Hausfrauen stattgefundenen Meisterinnenkursus ist beendet und brachte unserer Teilnehmerin den Titel „Meisterin der

Hauswirtschaft“. Unsere Arbeitsgemeinschaft, geleitet von Fräulein Reitzschlag, wurde im April zu einem befriedigenden Abschluß gebracht. Im Herbst wurde bereits mit einem Nähkursus begonnen. Eine Berufsschullehrerin erteilt im Nähen, Stopfen, Schneidern Unterricht. Von den Firmen Lindcar, Singer und Pfaff wurden uns Nähmaschinen zur Verfügung gestellt. Ferner wurden von der Gruppe hauswirtschaftliche Vorträge und Ausstellungen besucht. Ausflüge in den Sommermonaten sollten dazu beitragen, die nähere Umgebung Berlins kennenzulernen und die Geselligkeit zu pflegen. Die freundige und frohe Stimmung war nicht abhängig von der Teilnehmerzahl, die manchmal zu wünschen übrig ließ. Unsere Ferienfahrt nach dem Schwarzwald war ein Erfolg. 28 Hausgehilfen verlebten ihren Urlaub im herrlich gelegenen Sulzbach. Unserer Gruppe war es auch möglich, eine Kollegin zum letzten Frauenkursus auf die Heimvolkshochschule Tinz zu schicken. — Von wenig Erfolg aber waren unsere Tarifverhandlungen gekrönt. Von der Zentrale der Berliner Hausfrauenvereine wurde der Zeitpunkt zum Abschluß eines Tarifvertrages für Hausgehilfen als ungunstig erklärt. Auf unseren Antrag hat sich der Schlichtungsausschuß mit dem Abschluß eines Tarifvertrages für Hausgehilfen beschäftigt und nach stattgefundener Kammerverhandlung folgenden Beschluß verkündet:

In Sachen des Zentralverbandes der Hausangestellten, Fachgruppe im Gesamt-Verband, Berlin W 30, Bayreuther Straße 31, gegen die Zentrale der Hausfrauenvereine Groß-Berlin e. V., Berlin W 35, Am Karlsbad 12/13, wegen Manteltarifvertrag und Lohnregelung, hat der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin in seiner heutigen Sitzung folgenden Beschluß verfaßt: Die einer tariflichen Regelung der Arbeitsbedingungen der Hausangestellten entgegenstehenden Schwierigkeiten sind insbesondere bei der Mannigfaltigkeit der Berliner Haushaltungen und den organisatorischen Verhältnissen nicht zu bestreiten. Andererseits muß aber anerkannt werden, daß es im Interesse beider Parteien und im allgemeinen Interesse läge, wenn insbesondere auch zur Beseitigung der allgemeinen Unkenntnis über die Verpflichtungen der Hausfrauen und der Angestellten aus dem Arbeitsvertrag eine einseitige Regelung der Arbeitsbedingungen erreicht werden könnte. Den Parteien wird daher empfohlen, unverzüglich in Verhandlungen einzutreten. Die allgemeinen Arbeitsbedingungen (Freizeit, Urlaub, Kostgeldsätze, Rindbanastrafen usw.) dürfen zweckmäßig unter weitgehender Anlehnung an die Verbandsstatute festzulegen sein. Außerdem werden die Parteien zu prüfen haben, ob es zur Verminderung der dem Tarifabschluß entgegenstehenden Schwierigkeiten nicht geboten erscheint, von einer Regelung der Arbeitszeit und von der Festsetzung unabhängiger Gehaltsätze abzusehen und sich zunächst darauf zu beschränken, eine dem Hausangestellten zu gewährenden Nachtrabe vorzuschreiben und sich mit der Aufstellung von Richtlööhnen zu begnügen. Sofern bis zum 30. September d. J. eine Einigung nicht zustande kommen sollte, wird auf Antrag neuer Termin angesetzt werden.

Die Angelegenheit wurde vertagt, da sich die Reichsgruppe mit Abschluß eines Reichstarifvertrages beschäftigte. — Das Hausgehilfengesetz ist immer noch nicht beraten, und ist durch die im Juni 1930 erfolgte Auflösung des Reichstaats für unbestimmte Zeit illusorisch geworden. Möge im neuen Geschäftsjahr mehr noch wie bisher die Kollegenschaft am Aufbau und Ausbau der Organisation mitarbeiten, das Zusammengehörigkeitsgefühl zu stärken, dann wird es möglich sein, auch für diese Gruppe bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen.

## Dresden

**Wohnhausportiers.** Am 12. Februar fand im Dresdner Volkshaus die Jahreshauptversammlung der Fachgruppe Wohnhausmeister statt. Kollege Gruhl gab den Jahresbericht und schilderte in seinen Ausführungen die zu überwindenden Schwierigkeiten. — Die Mitgliedschaft der Gruppe Hausmeister hat sich zahlenmäßig nicht entwickelt, obwohl gerade in dieser Gruppe die vor den Gerichten zu vertretenden Streitfälle am häufigsten sind. Vor dem Arbeitsgericht sind unsere Kollegen in 13 Prozessen vertreten worden. In der Hauptsache handelt es sich um Feststellungsklagen, die mit Erfolg durchgeführt worden sind. In drei Fällen handelt es sich um Lohnklagen, hierbei ist die Summe von 262,65 Mk. erzielt worden. Vor dem Mietgericht sind unsere Kollegen 96mal vertreten worden und auch hierbei sind wesentliche Erfolge erzielt worden. Urteile ohne Ersparnis sind viermal, Urteile mit Ersparnis sind einmal ergangen. In sieben Fällen wurde der Hauswirt mit der Klage abgewiesen. In vier Fällen hat es der Hauswirt vorgezogen, von sich aus die Klage zurückzugeben. In den übrigen Streitfällen sind Vergleiche abgeschlossen, wonach sich unsere Kollegen verpflichteten, die Wohnungen gegen Sicherung ausreichender Ersparnisse zu räumen. An Umzugsunterstützungen sind die Beträge von 535 Mk. insgesamt vereinbart worden. Vor dem Amtsgericht mußten drei Kollegen vertreten werden, welche mit Zahlungsbefehlen bedacht worden waren. — In 40 Bezirkserversammlungen und zwei Vollversammlungen ist zu den einschlägigen Berufsfragen Stellung genommen worden. Desgleichen hat die Abteilungsleitung in sechs Sitzungen sich mit Organisationsfragen beschäftigt. Ueber Differenzen ist mit Hausbesitzern insgesamt siebenmal zugunsten unserer Kollegen verhandelt worden. — Am Schluß des Jahres hat uns die Notverordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember einen schweren Schlag versetzt. Kollege Gruhl besprach ausführlich die Notverordnung und deren Folgen für die Hausmeister. Folgende Entscheidung ist einstimmig angenommen worden.

„Die heute, am 12. Februar 1931, im Dresdner Volkshaus versammelten, im Gesamt-Verband der Arbeitnehmer der öffent-



ischen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs organisierten Hausmeisterinnen und Hausmeister nehmen Kenntnis von der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 1. Dezember 1930.

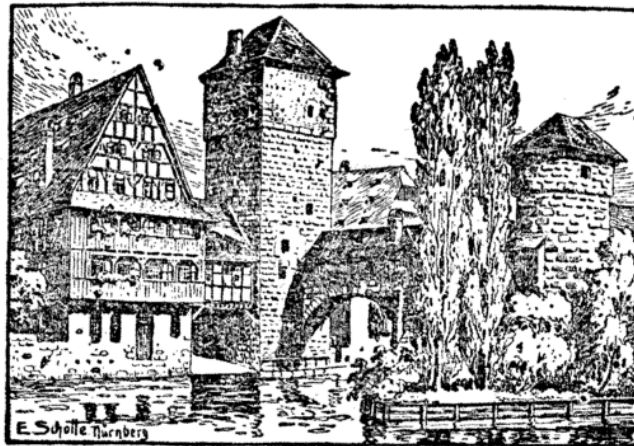
Besonders gegen den 7. Teil, Kapitel IV, „Abbau und Beendigung der Wohnungszwangswirtschaft“, erheben die Versammelten schärfsten Protest. Auf Grund der bestehenden Wohnungsnot erblicken die Beteiligten eine Gefahr, ihre Wohnung zu verlieren. Die Notverordnung verstößt nach Ansicht der Versammelten gegen Artikel 115 und 155 Absatz 1 der Reichsverfassung, wonach die Wohnung jedes Deutschen eine Freistätte und unverleßlich ist. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gelehrt, daß durch Beseitigung der Schutzbestimmungen der Willkür der Hausbesitzer Tür und Tor geöffnet wird. Da ab 1. April 1931 keinerlei Schutzgesetze für Dienst- und Werkwohnungen Anwendung finden, muß das Abhängigkeitsverhältnis zum Vermieter ein noch größeres werden als es bisher war. Die an sich niedrigen Löhne können weiterhin vom Vermieter gekürzt werden, ohne daß Gegenmaßnahmen ergriffen werden können. Ein Austausch zwischen Hausmannwohnungen wird schwer möglich sein, da Nichtwohnungsberechtigte in Zukunft in die Lage versetzt werden, Dienst- und Werkwohnungen zu mieten. Es wird einem erheblichen Teil unmöglich, anderweitig eine Ersatzwohnung zu finden. Da voraussichtlich die Wohnungsämter Berechtigungsausweise zum Auffuchen einer neuen Wohnung nicht ausstellen und Ersatzräume nicht beschleunigt zuweisen werden, ist es unbedingt erforderlich, daß von der obersten Landesbehörde oder von der Reichsregierung entsprechende Bestimmungen erlassen werden. — Die Versammelten bitten den Verbandsvorstand, bei der Reichsregierung vorstellig zu werden und diese zu ersuchen, Bestimmungen zu erlassen, wonach die Wohnungsämter verpflichtet sind, in solchen Fällen, wo das Dienst- und Mietverhältnis ohne gesetzlichen Grund gekündigt wird, beschleunigt anderweitig Ersatzräume zuzuweisen.“ — Die Organisation hat sich mit dem Wohnungsamt Dresden in Verbindung gesetzt, um zu erreichen, falls die Kündigung des Dienst- und Mietvertrages nach dem 1. April 1931 ausgesprochen

wird, das Wohnungsamt umgehend einen Berechtigungsausweis zum Auffuchen einer neuen Wohnung auszustellen verpflichtet ist. Das Wohnungsamt hat zunächst ausweichend geantwortet. Weitere Verhandlungen werden deswegen geführt werden müssen. Wie sich der § 23 b auswirken wird, ist schwer vorzusagen. — In den Grundtücken des Konsumvereins Dorwärts sind im Laufe des Berichtsjahres Differenzen nicht vorgekommen. Der Konsumverein Dorwärts hat auch den Hausmeistern des ehemaligen Konsumvereins Pilschen die im Tarifvertrag vorgesehenen Löhne bewilligt. — Am Beginn des Berichtsjahres haben die Hausmeister der Firma Wohnungsbau des Dresdner Handwerks, etwa 32 Kollegen, die Organisation ersucht, ihr Dienstverhältnis tarifvertraglich zu regeln. Der genannten Firma ist ein Tarifvertragsentwurf am 24. März zugestellt worden mit der Bitte, möglichst bald einen Verhandlungstermin bekanntzugeben. Die aufgenommenen Verhandlungen brachten kein Ergebnis, weshalb von Seiten der Organisation der Schlichtungsausschuß angerufen worden ist, welcher auch am 5. Mai über den Antrag verhandelt hat. Auf Wunsch der Firma Wohnungsbau des Dresdner Handwerks sind die Verhandlungen vertagt worden. Die späteren Parteiverhandlungen sind ebenfalls gescheitert, weshalb der Schlichtungsausschuß am 4. August einen Schiedspruch fällte. — In der am 12. August abgehaltenen Versammlung haben unsere Kollegen diesen Schiedspruch angenommen. Die Arbeitgeberpartei hat den Schiedspruch abgelehnt. Eine Verbindlichkeitsklärung war nicht zu erhoffen. Unsere Kollegen wurden ersucht, durch Arbeitsniederlegung die Annahme des Schiedspruchs zu erzwingen. Leider sind die Kollegen dem nicht nachgekommen. Die Firma Wohnungsbau des Dresdner Handwerks hat nachdem allen Hausmannsleuten gekündigt und drei hauptberuflich angestellte Hausmeister eingestellt. Auf diese Weise ist auch dieser Tarifstreit beendet worden. — Bei der Firma „Gewog“ (Gemeinnützige Wohnungs- und Heimstättengesellschaft m. b. H. für Arbeiter, Angestellte und Beamte) hat die Organisation für die dort beschäftigten Kollegen einen günstigen Mantel- und Lohnarif abgeschlossen. Der Lohnarif sieht bei achtstündiger Arbeit folgende Löhne vor: für Waschmeister pro Woche 70 Mk., ab 1. Oktober 1930 75 Mk.; für Plaz- und Hausmeister pro Woche 55 Mk., ab 1. Oktober 1930 57 Mk.; für Waschgehilfinnen pro Woche 37 Mk., ab 1. Oktober 1930 40 Mk. Für Ueberstunden wird ein 25prozentiger Zuschlag, für Sonntags- und Nachtarbeit ein 50prozentiger Zuschlag zu dem errechneten Stundenlohn ge-

zahlt. Der Differenzbetrag zwischen Lohn und Krankengeld wird nach einer halbjährigen bis zu einer vierjährigen Beschäftigungsdauer von einer bis fünf Wochen gewährt. Urlaub erhalten die Kollegen von einem halben Jahr Beschäftigungsdauer 6 Werktage, von einem Jahr Beschäftigungsdauer 8 Werktagen und in jedem folgenden Jahre 2 Tage mehr bis zur Höchstdauer von 18 Werktagen. — Kollege Gruhl forderte am Schluß seiner Ausführungen die Kollegenschaft auf, sich im kommenden Jahre mehr als bisher der organisatorischen Kleinarbeit zur Verfügung zu stellen. — Zur Reichskonferenz der Reichsfachgruppe wurde Stellung genommen. Verschiedene Anträge der Abteilungsleitung fanden zur Debatte. Als Delegierter zur Reichskonferenz wurde einstimmig Kollege Gruhl gewählt. — Der Abteilungsleitung wurde für geleistete Arbeit Dank ausgesprochen. Eine Wiederwahl erfolgte einstimmig.

## Hamburg

**Hausgehilfen.** Am 22. Januar versammelten sich die Hausangestellten im Gewerkschaftshaus, um den Jahresbericht für 1930 entgegenzunehmen und die Wahl von Delegierten zur 3. Reichskonferenz vorzunehmen. Der Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken der im Jahre 1930 verstorbenen 8 Kolleginnen in der üblichen Weise geehrt. Kollege Bauz bringt zur Kenntnis, daß vom 22. bis 24. März 1931 in Nürnberg die 3. Reichskonferenz der Reichsfach-



Nürnberg, Henkerhof

gruppe Haus- und Wachsangestellte stattfindet, zu der die Fachgruppe Hausangestellte, Bezirksverwaltung 2, Hamburg, vier Delegierte zu entsenden hat. Er verliest dann die Wahlbestimmungen, die vom Verbandsvorstand und der Reichsfachgruppenleitung Berlin festgelegt sind. Hieraus geht hervor, daß zur Reichskonferenz nur Mitglieder wählbar sind, die mindestens zwei Jahre freigewerkschaftlich organisiert und sich außerdem in der Fachgruppe organisatorisch und agitatorisch betätigen. — Kollege Bauz unterbreitet der Versammlung, daß die Fachgruppenleitung die Kolleginnen Bösch, Gerster und Stapelfeld als Delegierte in Vorschlag bringt, und empfiehlt, diesem zuzustimmen. Gegen diesen Vorschlag wendet sich die Kollegin Woskowsky. — Aus der Versammlung werden vor-

geschlagen: Kollegin Arnd, Heinrich, Lindner, Voß, Schier, Berg, Roth, Schüke. — Die Kolleginnen Voß und Roth lehnen ab; während die Kolleginnen Schier und Berg als Delegierte nicht gewählt werden können, weil sie sich nicht agitatorisch und organisatorisch in der freien Gewerkschaftsbewegung betätigen. Zur Wahl stehen somit Kollegin Bösch, Gerster, Stapelfeld, Arnd, Heinrich, Lindner und Schüke.

Als Wahlkommission wurden die Kolleginnen Dohrmann, Auguste Meyer und Roth bestimmt.

Zu Ziffer 2 der Tagesordnung macht Kollege Bauz folgende Ausführungen:

Am Schluß des Geschäftsjahres 1929 hoffte man auf eine Besserung der Wirtschaftsverhältnisse, doch mußten wir leider große Enttäuschungen erleben; nicht nur Deutschland sei von einer schweren Wirtschaftskrise betroffen, sondern ganz Europa und auch Amerika. Unter dieser Krise hätten auch die Hausangestellten zu leiden. Reinmachefrauen seien bis ein Drittel und zur Hälfte abgebaut. Viele Hausangestellten seien stellungslos. Durch Eingreifen der Fachgruppenleitung wäre jedoch vieles abgewehrt. Entlassungen konnten durch Arbeitszeitverkürzung vermieden werden.

Die Fachgruppenleitung hatte im Geschäftsjahr 1930 12 Betriebsversammlungen und 16 Termine vor den Arbeitsgerichten wahrzunehmen. In einigen Fällen ist es leider vorgekommen, daß die Kolleginnen vor Gericht ganz anders ausfielen als bei Erhebung der Klage, infolgedessen konnten nicht alle Klagen zugunsten der Hausangestellten entschieden werden.

An Versammlungen haben stattgefunden: 5 Gruppenleitungen, 4 Mitgliederversammlungen, 1 Wahlversammlung (Reichstagswahl).

Der Mitgliederbestand betrug am Jahreschluß 1929: 1903; am Schluß des Jahres 1930: 1888, somit ist ein Verlust von 15 Mitgliedern zu verzeichnen.

Der Fachauschuß ist im verfloßenen Geschäftsjahr zweimal zusammengetreten. In der Sitzung am 9. Oktober 1930 wurde eine Lohnerhöhung von der Hausfrauenvereinigung, in Anbetracht der schon damals ansteigenden Wirtschaftskrise, abgelehnt. — In der im Dezember tagenden Fachauschußsitzung wurde beschloßen, was ganz besonders hervorgehoben werden müsse, daß nach wie vor zu den bestehenden Mindestlohnjagen an den „Arbeitsnachweisen

für Hauspersonal“ vermittelt wird; und eine Entziehung der Erwerbslosenunterstützung nicht erfolge, wenn die Arbeitssuchenden niedrigere Angebote als die ortsüblichen Mindestlohnsätze vorziehen, ablehnen. — Danach können die Hausfrauen einen eigenmächtigen Lohnabbau nicht vornehmen.

Kollege Bauß führt weiter aus, daß man oft den Vorwurf höre: „Der Verband unternehme nichts.“ Dieser Vorwurf sei durchaus nicht berechtigt. An Hand treffender Beispiele weist Bauß nach, daß es lediglich Schuld der Arbeitnehmer sei, die leider immer noch nicht den Wert der Organisation erkannt haben, wenn trotz besten Willens und Arbeit der Gruppenleitung ein Erfolg nicht erzielt werden könne. Pflicht aller Kolleginnen wäre es, mitzuarbeiten, die Gruppenleitung zu unterstützen und sich zur Verfügung zu stellen, damit wir wieder wie im Jahre 1914 einen Mitgliederbestand von 6000 bis 8000 zu verzeichnen hätten.

In der Aussprache nimmt zunächst Kollegin Berg das Wort und führt aus, daß vieles zu verbessern sei, wenn man sich agitatorisch mehr als bisher betätige. Zweckmäßig wäre auch, einmal zu den Erwerbslosen zu sprechen. Not und Elend wäre ganz besonders unter diesen groß, doch hätte die Gewerkschaft nichts unternommen, um den Reinnachfrauen, die bei Nichterreichung der 30stündigen Arbeitswoche von der Arbeitslosenunterstützung ausgeschlossen sind, die Unterstützung zu erhalten. Rednerin stellte dann den Antrag, die Verjammlungsanzeigen auch in der Hamburger Volkszeitung inserieren zu lassen.

Kollegin Wosikowsky rügt die Wahlhandlung und gibt der Verjammlung nochmals zu verstehen, daß nur solche Mitglieder gewählt werden sollten, zu denen man Vertrauen hätte und die rückgratfest seien. Auch sie stellt den Antrag, die Verjammlungsanzeigen in der Volkszeitung zu veröffentlichen und fordert rege Propaganda für die RGO, da die Arbeiter das Vertrauen zu den Gewerkschaftsführern verloren hätten.

Kollegin Lindner wies diese Angriffe ganz entschieden zurück und ist erstaunt, daß die Kollegin Wosikowsky es wagt, die jahrelange, mühselige Arbeit des Verbandes so in den Schmutz zu ziehen.

Kollegin Doß äußert sich in ähnlicher Weise. Kollegin Bösch betont nochmals, daß über den Vorschlag der Gruppenleitung abgestimmt sei.

Kollege Bauß geht in seinem Schlußwort zunächst auf die gestellten Anträge ein und führt aus, daß Veröffentlichungen in der Hamburger Volkszeitung nicht erfolgen würden, weil dieses Blatt die Organisation in der gemeinsten Weise beschimpft und kübelweise mit Schmutz begießt.

Hierauf erstattet Kollegin Dohrmann Bericht über das Wahlergebnis, das nachstehendes Resultat ergab.

Es wurden abgegeben: 101 Stimmzettel, darunter 7 ungültige. Es erhielten die Kollegin Bösch 93, Stapelsfeld 75, Gerster 67, Arnd 49, Lindner 41, Schüge 25, Heinrich 17 Stimmen. Zusammen 367 Stimmen. Somit sind die vier ersten Kolleginnen als Delegierte zur Reichskonferenz gewählt.

Unter Ziffer 3 der Tagesordnung fanden noch die Fachgruppenwahlen ihre Erledigung, welche folgendes Ergebnis hatten.

In die Gruppenleitung wurden gewählt der Kollege Bauß und die Kolleginnen Bösch und Dohrmann. Als Beisitzer die Kolleginnen Gerster, Stapelsfeld, Heinrich, Meyer und Böthel. Als Bezirksverwaltungsmitglied Kollegin Stapelsfeld. Als Delegierte zur Vertreterversammlung die Kolleginnen Doß, Gerster, Stapelsfeld, Schulz, Diernickel, Haug, Eichbaum, Arnd, Heinrich, Meyer, Böthel, Roth, Diedemann. Für die Türkontrolle die Kolleginnen Kay, Diekmann, Zimmermann.

Mit den Vorarbeiten zu unserem im November d. J. stattfindenden 25jährigen Stiftungsfest wurde die Gruppenleitung beauftragt.

Hierauf wurde die gutbesuchte und recht anregende Verjammlung geschlossen.

L. B.

## Karlsruhe

**Hausgehilfen.** Am Mittwoch, dem 4. Februar hatte der Zentralverband der Hausangestellten, Fachgruppe im Gesamtverband, eine öffentliche Hausangestelltenversammlung nach dem Volkshaus einberufen, die einen sehr guten Besuch aufzuweisen hatte. Kollege Lambrecht (Berlin), der Reichsfachgruppenleiter, referierte über das Thema: „Stiefkinder der Sozialgesetzgebung“. In seinen einstündigen instruktiven Ausführungen setzte er den anwesenden weiblichen Hausgehilfinnen auseinander, wie intensiv unsere Organisation an einer Verbesserung der Sozialgesetzgebung für die Hausangestellten und Hausgehilfinnen arbeitet. An Hand eines vom Reichsarbeitsministerium dem Reichstag zugelassenen Entwurfs eines Gesetzes über die Beschäftigung in der Hauswirtschaft (Hausgehilfengesetz) führte Redner den Anwesenden vor Augen, inwieweit die Hausgehilfinnen durch die Schaffung eines Gesetzes vor Willkür und Ausbeutung geschützt werden sollen. Unsere Organisation, der die im Gesetzentwurf enthaltenen Bestimmungen nicht weit genug gehen, hat Abänderungsanträge gestellt, um dafür Sorge zu tragen, daß alles, was im Interesse der Hausgehilfinnen geschehen kann, in dem kommenden Gesetz Berücksichtigung findet. Der Redner verstand es außerordentlich, an Hand von praktischen Beispielen, der Versammlung die zum weitestgehenden Teil unsere Stellungnahme zu diesem Gesetzentwurf zu übermitteln. Zustimmung wurde

dem Redner entgegengebracht, als er Bilder entrollte, in welche geradezu schamloser Weise heute die Hausangestellten von ihren „Herrschäften“ oft behandelt werden. Daß diese oftmals armen, geplagten Geschöpfe nicht in der Lage sind, sich gegen Mißhandlungen zu wehren, liegt eben daran, daß weder ein gesetzlicher Schutz und weiß sie unorganisiert, auch den Schutz der Organisation nicht haben. Seit der Schaffung des Arbeitsgerichtsgesetzes, unter dessen Anwendung die Hausangestellte sich wenigstens ihren Lohn erkämpfen, und sich gegen sonstige ungerechte Maßnahmen wehren können, entrollten sich vor unseren Augen manchmal erschreckende Bilder, aus denen der Schluß zu ziehen ist, daß für manche Hausangestellte ihr Dienst eine Höllenqual bedeutet. Dem abzuhelfen ist nur möglich, durch die Schaffung eines Gesetzes, das ausreichenden Schutz auch denen gewährt, die bis heute einen solchen entbehren. Anschließend an die von Sachkenntnis durchdringenden Ausführungen des Kollegen Lambrecht berichtete Kollege Koch über die Lohnabbauverhandlungen mit dem Karlsruher Hausfrauenbund. Auch bei dieser Frage konnte den Anwesenden so richtig zu Gemüte geführt werden, wie geradezu „liebepoll“ man den Diensten der Hausangestellten gedachte. Uebergehend zu den Ausführungen des Kollegen Lambrecht ergänzte Kollege Koch noch was in bezug der Ausbeutung und Mißhandlungen gesagt wurde. Würden die Verhandlungen vor dem Arbeitsgericht laufend berichtigt, würde die Öffentlichkeit davon unterrichtet werden, welche geradezu erschreckenden Zustände für einen Teil der Hausgehilfinnen vorherrschend sind. Diesen Dingen vorzubeugen ist nur durch die Organisation möglich. Die Ausführungen beider Redner wurden mit außerordentlichem Interesse verfolgt und traten sofort 20 Kolleginnen der Organisation bei. Es wurde in Aussicht gestellt, eine monatliche Zusammenkunft zu veranstalten, in der die Kolleginnen auch in häuslichen Dingen unterrichtet werden sollen. Anschließend an den ernsteren Teil schloß sich ein Bunter Abend an, Unterhaltung und Programm hatten einen gediegenden Charakter. Es war nur eine Meinung unter den Anwesenden, dieser Abend bleibe für sie eine stete Erinnerung. Auf diesem Wege weiter, heißt die Parole für die Hausangestellten.

## Liegnitz

**Hausgehilfen.** Eine am 8. Febr. abgehaltene öffentliche Versammlung der Hausangestellten war gut besucht. Kollege Niederlich wandte sich in seinen Ausführungen gegen einen Artikel, den Herr Regierungsdirektor Dr. Liebrecht in den bürgerlichen Tageszeitungen von Liegnitz veröffentlicht hat. Der Herr Regierungsdirektor habe in diesem Artikel die Liegnitzer Hausfrauen aufgefordert, den auf die Hausangestellten entfallenden gesetzlichen Anteil zur Sozialversicherung künftig vom Lohn abzuziehen. Er begründe seine Aufforderung mit den angeblich hohen Löhnen, den die Hausangestellten, trotz der wirtschaftlichen Notlage unseres Vaterlandes heute noch erhielten. Demgegenüber sei festgestellt, daß die Löhne der Hausangestellten in Liegnitz bei einer durchweg fast 14-, in einzelnen Fällen sogar 16stündigen täglichen Arbeitszeit zwischen 15 bis 35 Mk. im Monat schwanken. Mehrfach müssen die Mütter bei den Eltern oder Verwandten schlafen, ohne dafür ein Wohnungsgeld zu erhalten. Festgestellt sei auch, daß die Freizeit der Hausangestellten völlig ungenügend ist. Leider sei Herr Regierungsdirektor Dr. Liebrecht trotz Einladung nicht erschienen. Er habe sein Nichterscheinen damit entschuldig, daß er infolge einer Dienstreise verhindert sei. Am Schluß seiner Ausführungen forderte Kollege Niederlich zur regen Agitationsarbeit auf für den Gesamt-Verband, dem die Hausangestellten als Reichsfachgruppe angeschlossen sind. Nur wenn alle Hausangestellten in einer machtvollen Organisation vereinigt sind, sei es möglich, die Lohnabbaubestrebungen der Hausfrauenvereine erfolgreich abzuwehren, das Los der Hausangestellten zu verbessern.

## Magdeburg

**Hausgehilfen.** Eine öffentliche Versammlung der Hausangestellten Magdeburgs hatte die Ortsverwaltung Magdeburg des Gesamt-Verbandes zum 12. Februar nach den „Altkäster Bürgerläden“ in Magdeburg einberufen. „Stiefkinder der sozialen Gesetzgebung“, so lautete das Thema, über welches der Leiter der Reichsfachgruppe der Hausangestellten, Kollege Lambrecht-Berlin, referierte. Deutlich und eindringlich führte der Redner den aufmerksamen Zuhörern ihre soziale Lage vor Augen und kritisierte die zögernd getroffenen Maßnahmen der Regierung zur Schaffung eines Hausgehilfengesetzes. Dieses Gesetz enthalte nur ganz Selbstverständliches, was jede sozial denkende Hausfrau schon jetzt ihren Hausgehilfen ohne gesetzlichen Zwang gewähre. Trotzdem stößt auch die Derwirklichung dieses Gesetzes noch auf den hartnäckigen Widerstand der Hausfrauenorganisationen. Unser Gesamt-Verband ist der entschiedenste Verteidiger der Interessen der Hausangestellten. Leider rühren sich diese selbst noch immer zu wenig, um durch geschlossenes Auftreten den Maßnahmen des Verbandes den notwendigen Nachdruck zu verleihen. Beifällig nahm die Versammlung die Ausführungen des Kollegen Lambrecht entgegen.

Im Anschluß an den Vortrag fand eine rege Aussprache statt, an der sich neben dem Ortsgruppenleiter auch einige Hausangestellte lebhaft beteiligten. Einen kurzen Bericht über den Stand der Ortsgruppe in Magdeburg erstattete der Ortsgruppenleiter Kollege Börn. In dem ersten Jahre seit dem Zusammenschluß zum



Gesamt-Verband hat auch die Ortsgruppe der Hausangestellten um 47 Mitglieder zugenommen. Leider muß immer wieder festgestellt werden, daß die meisten Kolleginnen erst den Weg zum Verband finden, wenn sie die Hilfe der Organisation gebrauchen. Nicht weniger als 31 Differenzen waren nur für Hausangestellte zu erledigen, die zum Teil durch telephonische Rücksprache und durch brieflichen Verkehr, in einer ganzen Anzahl von Fällen jedoch erst vor dem Arbeitsgericht zum Austrag gebracht werden konnten. Langsam komme auch die Hausangestellte zur Einsicht, daß die Organisation für sie eine dringende Notwendigkeit ist.

Zur 3. Reichskonferenz in Nürnberg wurden Anträge in der Versammlung nicht gestellt. Die Delegation des Kollegen Görn wurde von der Versammlung gutgeheißen. Mit einer eindringlichen Mahnung, nicht in der Agitation für unsere gute Sache zu erlahmen und mit der Bitte um rege Mitarbeit aller Versammlungsteilnehmer schloß Kollege Görn die rege und interessante Versammlung.

## Stuttgart

**Hausgehilfen.** In einer gut besuchten öffentlichen Hausgehilfenversammlung, die am 5. Februar im Gewerkschaftshaus Stuttgart stattfand, referierte der Reichsgruppenleiter Kollege Lambrecht-Berlin über das Thema „Stiefkinder der sozialen Gefehgung“. An Hand eines reichhaltigen Materials führte er den Anwesenden vor Augen, wie notwendig eine durchgreifende soziale Gefehgung für die in der Hauswirtschaft beschäftigten Hausgehilfen und Hausangestellten sei. Trotzdem bereits 12 Jahre seit der Staatsumwälzung verfloßen, mangle es noch immer eines ausreichenden Schutzes der rechtlichen und sozialen Lage, in der sich die Hausgehilfen befinden. Durch die vielen Prozesse vor den Arbeitsgerichten sei bewiesen, wie überaus traurig das Los der Hausgehilfen ist. Abhilfe könne nur mit Hilfe einer selbstgefügten Organisation geschaffen werden. Die mit Beifall aufgenommenen Ausführungen des Referenten fanden starken Wiederhall.



**Biersuppn.** Als ich zum ersten Male nach meiner Heimkehr in das Dorf wirtschhaus ging, bekam ich alle möglichen Fragen über Berlin zu hören, über die „merkwürdigen, ja ganz merkwürdigen Dinge“, die es in Berlin geben solle.

„Sag's“, fragt der junge Toni, „is wahr, daß in Berlin a Bier-suppn essen?“

„A geh“, rief Kurbl dazwischen, „so was kann's doch gar net gebn, so blöds is doch koaner, daß er a Bier einschütt in a Suppn, statt daß er's so sauft, wo's doch so gut schmecht.“

„Doch“, erwiderte ich, „Biersuppe wird in Berlin häufig gegessen.“

„Und da schütt ma wirklich a ganz a richtig's Bier in die Suppn ein?“

„Ja.“ — — — „Ah, dö's wird halt so a Berliner Bier sein.“

„Natürl, so a Berliner Gjöß, um dos is eh net schäd.“ — — — „A Bier is doch, und schäd is doch.“ — — — „Ah, da hams ja kei Maßz drin in dem Bier.“ — — — „Und hopfn a net.“

„Es gibt“, sagte ich, „auch Feinschmecker, die nehmen für die Biersuppe nicht Berliner Bier, sondern echtes Löwenbräu.“ — — —

„Echtes Löwenbräu?“

„In die Suppn ein?“ — — — „Gibts denn dösa?“

„Und einmal bekam ich“, fuhr ich fort, „im Hause eines reichen Bankdirektors eine Biersuppe, die war aus echtem Salvator gemacht.“

„Herrgott säkra, ausm echten Salvator!“

„Ja“, sagte der alte Jäger, der bis dahin geschwiegen hatte, „die Preißen, die ham halt keine Ideale nicht.“

„Ob es hilft?“ „Bevor du weggehst, mußt du noch mal Berta gehörig ausschimpfen“, bat die junge Frau ihren Gatten. „Aber ich denke, du bist mit unferer Küchensee so zufrieden“, wandte dieser ein. „Bin ich auch“, beharrte sie, „aber sie soll heute morgen Teppiche klopfen, und da ist es gut, wenn sie vorher in eine gehörige Wut gerät.“

Der Dackel ist schuld. Am liebsten spielt Kurt mit dem Dackel. Als der Dackel eines Tages während des Spiels wieder jämmerlich quetscht, sagt der Vater: „Aber Kurt, ich habe dir doch schon oft gesagt, du sollst den Hund nicht immer am Schwanz ziehen!“

„Das tu' ich gar nicht, Papa“, entgegnete der Kleine. „Ich halte nur den Schwanz, ziehen tut er.“

## Für die Küche

**Wo kommen unsere Gewürze her?** Außer dem Salz, dem unentbehrlichen, brauchen wir noch gar viel Gewürze, um unsere Speisen schmackhaft und anregend zu machen. Pflanzen sind es, die sie uns liefern. Und viele davon sind auch in unseren Gärten heimisch: So Zwiebel und Knoblauch, Schnittlauch und Porree, dann all die wohlduftenden Kräuter zu Beizen und Soßen, wie das Pfefferkraut, das Basilikum, der Majoran und der Thymian, auch „Kudlkraut“ genannt. Auch Minze und Salbei, die freilich nur mehr selten als Würzen verwendet werden, gedeihen in unseren Gärten. Viele andere — und recht wichtige darunter! — sind nicht bei uns daheim. So zum Beispiel der Safran, eine zu den Krokussen gehörige Pflanze, goldgelb blühend, die im Süden kultiviert wird, doch auch in vielen Gegenden Niederösterreichs vorkommt. Seine Blütenfarbe färbt alle Speisen so schön, wie es sonst nur recht viele Eier tun. Er war daher stets als Färbemittel im Gebrauche. Seine Beliebtheit ist allerdings im Schwunden begriffen. Aber was sänge die Köchin ohne den Pfeffer an? Und der ist ein Asiater — er stammt von den Sundainseln — und dorthin wünscht man jemand, wenn man ihm zuruft: „Geh' dorthin, wo der Pfeffer wächst!“ Es sind kleine rote Beeren, die, im Trocknen einschumpfend, den schwarzen Pfeffer geben. Läßt man ihn aber vollkommen ausreifen und nimmt dann erst die Samenkörner heraus, so ist das dann der weiße Pfeffer, von dem man sagt, daß er milder sei. — Der Lorbeerbaum, der seine Blätter und Beeren zur Beize liefert, ist uns schon näher. Er wächst im ganzen Mittelmeergebiet. Aber der Paprika, der zu den Nachtschatten gehört, wird in Ungarn angebaut und in den Handel gebracht, hat aber seine erste Heimat im tropischen Amerika gehabt. Die allerfeinsten Gewürzpflanzen stammen aus Indien und den Nachbarländern. So der Zimtbäum, ein naher Verwandter des Lorbeers, der auf Ceylon in Plantagen gebohrt wird. Seine Rinde liefert den starkduftenden, angenehmen Geschmack verleihenden Zimt. Sie wird abgezogen, wenn die Äste ungefähr vier Zentimeter stark sind. In diesen Gegenden ist auch der Ingwer zu Hause, dessen Wurzelstock wir als Würze verwerten. Auf den Molukkeninseln gedeiht der Muskatbaum. Seine Frucht, eine harte Beere, enthält einen einzigen Samen, die Muskatnuß, die von einem faserigen Samenmantel von roströter Farbe umgeben ist, der als Muskatblüte in den Handel kommt. Geruch und Geschmack der Muskatnüsse sind so intensiv, daß man äußerst sparsam damit umgehen muß. Neben ihnen gedeiht auf den Molukken insowie überall in den Tropen der Gewürznelkenbaum, dessen getrocknete Blüten, reich an köstlich duftendem ätherischen Nelkenöl, sind. Sie verleihen einem Kuchen ein ganz besonderes Aroma. Dieser Gewürzbaum darf jedoch nicht verwechselt werden mit jenem hübschen Strauch, der in unseren Gärten vorkommt, fälschlich so genannt wird und braune, samtartige Blüten trägt, die in den Ähren der Zweige sitzen. Der wirkliche Gewürzbaum hat ganz kleine Blüten, die in Büscheln an den Spitzen der Zweige stehen. — In Westindien gibt es den Nelkenpfefferbaum oder Pimenta. Weil er erst nach der Entdeckung Amerikas zu uns kam, wird seine erbsengroße, unreife Frucht, die nelkenartig duftet und pulverisiert in den Handel kommt, Neugewürz geheißen. Und Amerika, genauer gesagt Mexiko, verdanken wir eine der allerhöchlichsten und wertvollsten Gewürze: die Vanille. Sie gehört zu den Orchideen, lebt, wie alle ihrer Art als Schmarotzer auf anderen Gewächsen, und aus ihren gelblich-grünen Blüten, die klein sind, nicht solche Farben- und Formenwunder, wie die anderen Orchideen, entwickeln sich längliche Schoten, eben die Vanille. Von ihnen kommt der feine, erquickende Duft, der guter Schokolade eigen ist, denn der Kakao ist an und für sich geruchlos. Schon die Azteken verstanden es, den Kakaotrank mit Vanille zu würzen und nannten ihn Göttertrank. Durch die spanischen Eroberer des unglücklichen Landes kam mit so manchem auch diese Pflanze nach Europa und wurde zum Handelsobjekt. Der neueren Chemie ist es auch gelungen, den Duftstoff der Vanille, das Vanillin, synthetisch, das heißt künstlich herzustellen. Gewürze gibt es also genug auf der Erde, um alle Küchen und die verschiedensten Arten von Speisen damit zu versorgen.

Phönix.

## Bekanntmachungen:

### Karlsruhe i. B.

Vom Donnerstag, dem 5. März an beginnend, finden alle 14 Tage Zusammenkünfte der Hausangestellten statt, und zwar im Büro der Ortsverwaltung Karlsruhe, Sofienstraße 30, II. Dasselbst wird Unterricht in Handarbeiten und Nähen erteilt, auch wird Unterhaltung in jeder Art und Weise geboten.

Wir bitten unsere Mitglieder sich zahlreich an diesen Zusammenkünften zu beteiligen; auch Bekannte sind herzlich eingeladen.

Die Gruppenleitung:

i. A.: Wagner.

# Blick in Bücher

## Heimarbeit

Schwester Claire machte sich auf den Weg zu ihren Armenbesuchen. Zuerst ging sie zu Fräulein Reine Jacquin. Diese wohnte in der Saint-Denis-Straße. Die Hausfront war ausgefüllt von den Läden eines Milch- und eines Weinhändlers. Zwischen diesen beiden Läden blieb nur eine schmale Eingangstür. Es war dunkel im Flur und wurde erst heller auf dem Hof, auf dem der Portier wohnte. Die weiße Haube der Nonne schwankte im trüben Licht der Treppe. Das Licht drang nur schwach durch ein stark vergittertes Eisenfenster. Aus Abfällen auf dem Gitter, das als Schutz über dem Glasdach des Hinterzimmers des Milchhändlers lag, konnte man Rückschlüsse ziehen auf die Arbeit, die in den verschiedenen Stockwerken verrichtet wurde. Schwester Claire wußte, wieviel Schritte sie in diesem Dunkel zu machen hatte. Vor einem Hoffenster erschien das Gesicht der bleichen Arbeiterin. Sie hatte einen Teint, der ihrer dämmerigen Wohnung entsprach, in die das Licht immer nur abgeschwächt und trübe hineinfloß. In solchem Licht verlor das menschliche Antlitz jede Farbe. Auf dem Arbeitstisch des Mädchens blinkte ihre Brille, die sie für die müden Augen brauchte. Schwester Claire prüfte nahebei die Arbeit, die in dem dunklen Zimmer weiß leuchtete. Aus den Händen dieser bleichen Arbeiterin und aus diesem getriebenen Tageslicht stammten die Sachen, die die reichen Kundinnen so schätzten: Kleider, Mäntel, Wäsche.

„Man muß reich sein, um Weiß zu tragen“, sagte Fräulein Jacquin. „Die Damen, die die schöne Unterwäsche lieben, aber rechnen müssen, wollen keine Batisthemden; das Waschen kostet ein Frank fünfzig.“ —

Reine Jacquin klagte nicht über ihre armselige Wohnung. Sie richtete sich in ihrem Leben weniger nach dem, was ihrer Gesundheit dienlich war, als nach den Erfordernissen ihrer Arbeit. Ihr Beruf stand ihr über allem; schlimm, daß er so schlecht entlohnt wurde; aber das war kein Grund, seine Arbeit schlechter zu machen. Ganz gleich, ob sie Hunger hatte, fror, in Geldnot war und ihre Miete nicht bezahlen konnte — die Arbeit durfte nicht leiden. Wäre sie weniger bescheiden gewesen und mehr bedacht auf ihr gutes Recht, sie hätte sicherlich eine der besten Stellen für Wäschenähen in Paris haben können. Aber sie wußte aus ihrer Arbeit nichts zu machen. Was sie bekümmerte, war an sich nicht so sehr die ungenügende Bezahlung als die Arbeitslosigkeit, mit leeren Händen dazusitzen. Sie fürchtete sich vor der Flammenhölle, vor den Gabeln der Teufel und hoffte auf das schöne Paradies. Das war ihre Vorstellung von Himmel und Hölle. Aber ihre Vorstellung von einer Heimsuchung im Diesseits war: Arbeitslosigkeit. Sie war bedürfnislos bis an die Grenze des menschenmöglichen. Die Müdigkeit hatte sich so tief bei ihr eingefressen, war so sehr Gewohnheit geworden, daß sie sie nicht störend empfand und sich zufrieden gab, aus ihrem abgemagerten Körper unaufhörlich und geduldig das letzte herauszuholen. Sie suchte nicht nach Gerechtigkeit, sie suchte nach Betäubung durch Arbeit. Ihre ganze Seele entlud sich in ihren Fingern. In ihrem armseligen Zimmer hatte sie Kleider aus Valenciennes-Spitzen gehäbt, die soviel wert waren wie ein ganzes Haus. Als Spitzen wieder modern wurden, vertrauten ihr ihre Kundinnen wahrhafte Schätze an.

Schwester Claire versprach ihr, ihr eine Aussteuer aus reinem Leinen in Arbeit zu geben. Damit entzückte sie diese leidenschaftliche Näherin, die sich für nichts so begeistern konnte als für ihren Beruf. —

Schwester Claire suchte Louise Guinon auf. Diese wohnte in einer ungesunden Mansarde, deren Fenster in gleicher Höhe mit den Dachschornsteinen lagen. Louise Guinon hatte den Blick auf zahllose Schornsteine, die mit einem Gewirr aus Eisendrähnen gekrönt waren. Sie pflegte zu sagen: von hier aus hat man einen schönen Blick auf das Meer.

Sie hatte das Meer niemals gesehen, aber ihr Herz hing daran. So wie sie bei ihren Geraniertöpfen am Fenster oder bei der Rose im Wasserglas sich Wälder oder Gärten vorzustellen vermochte, so stellte sie sich auch in dem Gewirr der Telephonmasten und Telephondrähne über den Dächern Meereswellen, Schiffe und den Horizont vor.

„Man kann zufrieden sein, Schwester, wenn man, wie ich, im Hellen lebt. Im Arbeitssaal bei Rebillard arbeiteten wir den ganzen Tag über bei Gas und Reflektoren. Dadurch sind meine Augenlider an den Rändern ganz entzündet. Ich sagte mir: wie schön muß das sein, bei natürlichem Licht zu arbeiten, einen kleinen Blumentopf vor dem Fenster; nur einen ganz kleinen; die großen kommen nur für die Reichen in Frage. Und jetzt freue ich mich an dem schönen Tageslicht, und freue mich für meine Mutter. Man kann weit sehen; man sitzt nicht mehr zwischen Wand und Lampe und hat den

Kopf so heiß, daß man Kopfschmerzen kriegt. Frau Sophie arbeitet seit zehn Jahren bei Rebillard. Ich glaube, ihr wird bald eine Gaslampe aus dem Kopf wachsen.“

Die rosa Seide, die auf einen runden Stickrahmen gespannt war, knisterte unter ihrer geschickten Nadel. Sie schwatzte weiter:

„Meine Rettung, als ich nur bei Gas arbeitete, war, daß ich gern stückte. Ich überlegte mir, daß ich nichts mehr vom Leben haben würde, wenn ich mit meinen schlechten Augen noch eine unsaubere Arbeit machen müßte. Jetzt wird alles mit Perlen bestickt. Sogar Gabardine. Vor dem Krieg verdiente man in Paris zehn Sous die Stunde. Leider machen uns die Frauen in den Vogesen viel Schaden. Sie sind mit wenig Lohn zufrieden, weil sie noch Land haben; es sind Bäuerinnen und Bahnwärterinnen. Hier in Paris verdienen wir an den neuen Mustern ganz gut; aber wenn die Unternehmer aus dem Osten mit ihrer Ware kommen, sinkt der Preis. Die Frauen dort in den Vogesen begnügen sich mit vier Frank pro Tag. Jetzt, wo ich bei Tageslicht arbeiten kann und keine Kopfschmerzen mehr habe, überlege ich mir, daß es unrecht ist, daß die armen Mädchen im Osten Frankreichs denen in Paris den Verdienst schmälern. Wir haben doch alle denselben Beruf. Wenn eine Arbeiterin in Lunéville für drei Franken dasselbe Muster stückt, für das in Paris sechs bezahlt werden, schadet sie nicht nur sich selbst, sondern auch vielen armen Arbeiterinnen, die sie nicht kennt. Dadurch, daß man für die eigene anständige Bezahlung eintritt, hilft man auch den anderen. In den Vogesen bringt man die Arbeit ins Haus und holt sie auch wieder ab. In Paris muß man sie selber holen und selber hinbringen. Die Direktrice bei Rebillard ist sehr nett. Sie ist nicht so wie manche, die sich über die Not anderer noch freuen. Die sagen mit einer Miene, als ob sie unsereinen anspuken wollen: Heute ist nichts für Sie da. Und die Zutaten geben sie grammweise. Bei Rebillard nimmt man es nicht so genau. Da brauche ich mich nicht nach Perlen zu bücken, die auf den Fußboden fallen. Es wird reichlich gegeben. Leider liegt die Arbeit nicht immer bereit. Die Arbeiterinnen aus den Vororten verfahren dreißig Sous für ihre Fahrkarte, dazu kommt noch ein eineinhalbstündiger Weg, und dann gehen sie mit leeren Händen wieder fort. Hat man Arbeit und ein hübsches Muster, dann ist das Leben ganz erträglich.“

Louise Guinon — sorgfältig gekämmt, ebenso sauber im Anzug wie in der Arbeit — schwatzte lebhaft weiter, während unter ihren geschickten Fingern die Nadel flog und die Perlen raschelten. Mit ihren übermüdeten Augen konnte sie den, der vor ihr stand, nicht gerade ansehen. Ihr Sprechen schien offener zu sein als ihr Gesicht; das lag aber an ihren kranken Augen.

Die Schwester war immer auf der Sache nach guten Arbeiterinnen, bei denen ihre Schülerinnen etwas lernen konnten. Hätte das Mutterhaus des Ordens sie beauftragt, die Arbeitsräume des Ordens zu kontrollieren, so hätte sie eine Reihe übler, schlecht bezahlter Arbeiten abgeschafft und sie durch besser bezahlte, angenehmere ersetzt.

Während des Krieges waren die Frauen für ihre Arbeiten so hoch bezahlt worden wie noch niemals zuvor. Jetzt aber war alles wieder wie früher: Die Frauen nähten wieder, und das alte Elend war auch wieder da. In den Pariser Elendvierteln regierte wieder der Jammer der Konfektionsarbeit. Hatten damals die Frauen Granaten gedreht, so kehrten die Wäscherinnen und Stickerinnen jetzt wieder zur Nadelarbeit zurück; zur schlechtest bezahlten Arbeit, die Menschen machen.

Schwester Claire ging weiter. Sie grübelte vor sich hin: „Was für eine Geißel für die ganze Welt ist doch die Luxuskleidung der Frau! Wieviel Elend ist damit verbunden! Es muß in aller Hast gearbeitet werden, denn die Mode wechselt schnell, und die Kundinnen werden ungeduldig. Für solchen Tand werden Nächte geopfert. Jede solcher Kundinnen ist eigentlich ein Henker. Die beste von ihnen, wenn sie sich anzieht, bringt noch genug Leid in die Welt. Stickerei und Spitzen sind bedeutungslos für das Wohl eines Menschen; sie schützen nicht vor Kälte. Sie sind nur Luxus, und dafür muß man so hastig arbeiten, als ob es sich darum handelt, jemand vom Tode zu erretten.“ —

Pierre Hamp nennt sein Buch „Flachs“ (Verlag Bücherkreis, Berlin) einen Roman. Es ist nur eine lose Bilderreihe, zusammeng gehalten vom Helden der Handlung, dem Flachs, dem Spender von Arbeit und Brot für das flämische Volk. Wir sehen ihn auf dem Felde reifen, erfahren von den Praktiken der Großverkäufer, wir hören die Webstühle klappern, wir nähern die feine Wäsche mit den Heimarbeiterinnen, wir wählen mit den reichen Damen in den Batistwolken der „Weißen Woche“. Wir erleben das Buch mit einer seltenen Eindringlichkeit. — Dem Verfasser führt soziales Mitleid die Feder, nicht der Wille, zur Abschaffung der Ausbeutung anzuspornen. Trotzdem: für seine ungeschminkte Schilderung der Fron der arbeitenden Massen wollen wir ihm dankbar sein. K. A.